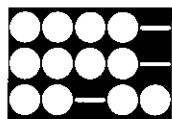


-400a-

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

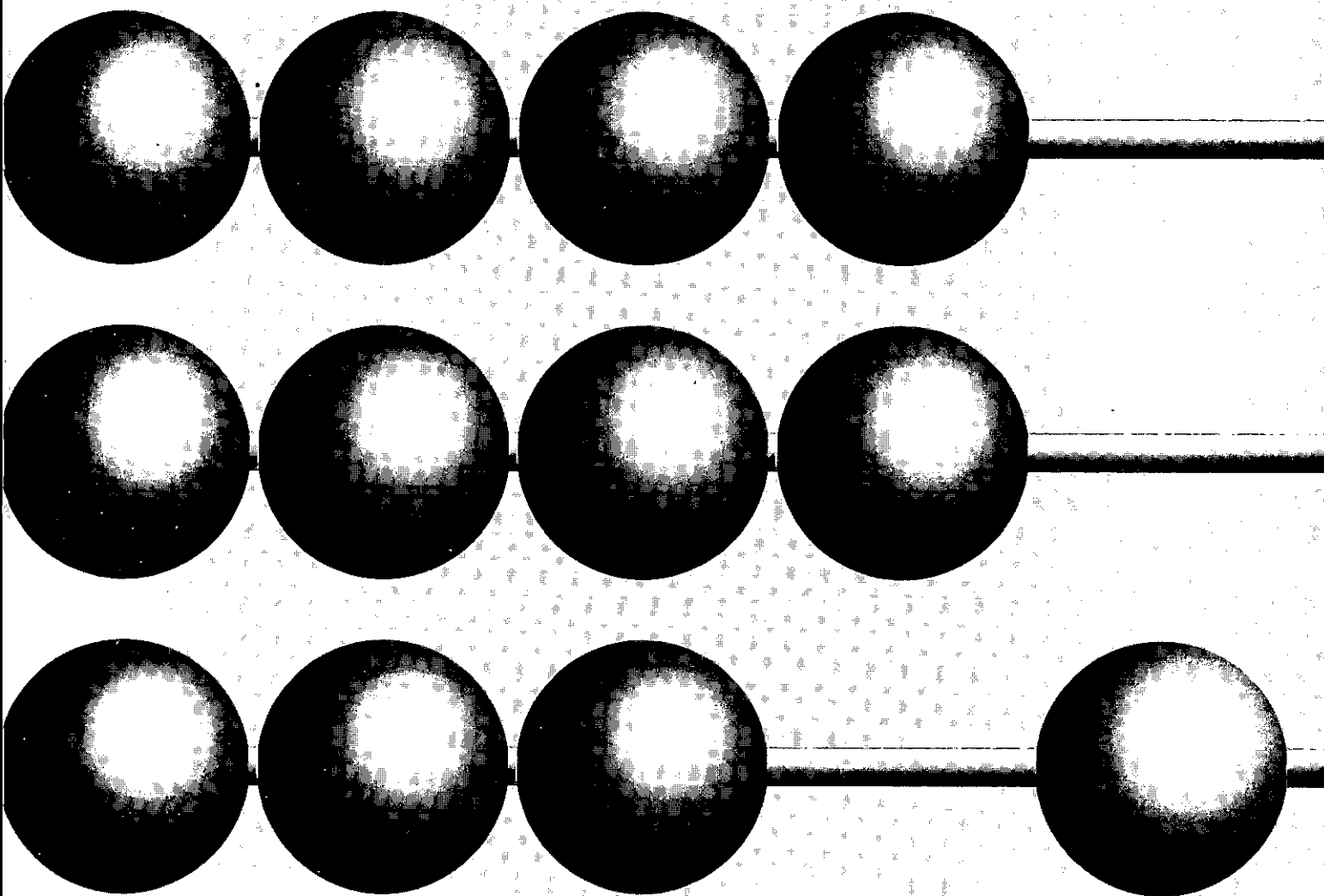


Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



51. Jahrgang, Heft 1, Januar 1999

# **Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein**



Herausgeber:  
Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
Postfach 11 41  
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0  
Telefax (04 31) 68 95-4 98  
E-Mail: statistik-sh@t-online.de  
Internet: www.statistik-sh.de

Schriftleitung:  
Fritz Wormeck  
App. 2 46

Vertrieb:  
App. 2 80

Druck:  
Schmidt & Klaunig, Kiel  
Erste Kieler Druckerei  
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt  
auf chlorfrei gebleichtem  
Papier

Erscheinungsfolge  
monatlich

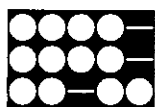
Auflage 550

Einzelheft DM 4,-  
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und  
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,  
auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe  
gestattet.

ISSN 0947 – 7373



Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

50. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis 1998

## A: Grafik

Heft /Seite

Landeshaushalt 1998 ..... 6 / 118

## B: Titelverzeichnis

Agrarstatistik unter Einsparungs-  
und Rationalisierungszwängen ..... 8 / 165

Amtliche Statistik im Norden Europas:  
Statistics Finland ..... 2 / 37

Baulandmarkt:  
Umsatzrückgang 1997 ..... 10 / 218

Buchbesprechung: Angulus desertus?  
Ergebnisse einer etwas anderen  
Migrationsanalyse ..... 2 / 40

Bundestagswahl in Schleswig-Holstein  
am 27. September 1998 ..... 11/12 / 226

Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1997 ..... 3 / 48

Fremdenverkehr im Winterhalbjahr  
1997/98 ..... 8 / 173

Handwerk: Regionale Struktur  
in Schleswig-Holstein 1995 ..... 2 / 28

Handwerk: Verdienste und Arbeitszeiten  
im Mai 1997 ..... 6 / 124

Jugendarbeit: 130 000 Teilnehmer an  
öffentlich geförderten Maßnahmen ..... 1 / 22

Kirchensteuerzahler 1992 ..... 3 / 53

Kommunalwahl 1998: Gemeindewahl  
in den kreisfreien Städten und  
Kreiswahl in den Kreisen ..... 7 / 132

Kommunalwahl 1998: Vorläufige  
Wahlergebnisse auf der Basis  
einer neuen Software ..... 8 / 169

Heft /Seite

Kommunalwahl 1998 Gemeindewahl in den  
kreisangehörigen Gemeinden ..... 9 / 181

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1995 ..... 9 / 189

Personal im öffentlichen Dienst  
in Schleswig-Holstein am 30. Juni 1996 ..... 6 / 112

Schafhaltung in Schleswig-Holstein ..... 10 / 200

Schleswig-Holstein im Jahre 1998 ..... 4/5 / 63

Statistische Woche 1998 ..... 7 / 158

Verdienste im Produzierendem Gewerbe  
und Handel im Oktober 1997 ..... 3 / 58

Vermögen und Schulden  
der gewerblichen Betriebe ..... 1 / 4

Volkssentscheid zur Erhaltung des  
Buß- und Bettages in Schleswig-Holstein  
am 30. November 1997 ..... 1 / 17

Volkssentscheid in Schleswig-Holstein  
am 27. September 1998  
„WIR gegen die Rechtschreibreform“ .... 11/12 / 239

Wahlbeteiligung: Entwicklung  
in Schleswig-Holstein ..... 10 / 213

## C: Schlagwortverzeichnis

Abwasserbeseitigung, öffentliche ..... 9 / 189

Agrarstatistik ..... 8 / 165

Amtliche Statistik in Finnland ..... 2 / 37

Anbaufläche ..... 4/5 / 72

Arbeitslose ..... 4/5 / 68

Arbeitszeiten ..... 6 / 124

Arbeitsmarkt ..... 4/5 / 66

Ausbaugewerbe ..... 4/5 / 83

Ausfuhr ..... 4/5 / 85

Außenhandel ..... 4/5 / 83

## Heft /Seite

Baugenehmigungen .....	4/5 / 83
Bauhauptgewerbe .....	4/5 / 81
Bauland .....	10 / 218
Beschäftigte	
Landwirtschaft .....	4/5 / 69
Verarbeitendes Gewerbe .....	4/5 / 77
versicherungspflichtig .....	4/5 / 67
Betriebe	
gewerbliche .....	1 / 4
Landwirtschaft .....	4/5 / 69
Bevölkerung .....	4/5 / 63
Bodennutzung .....	4/5 / 71
Bruttoinlandsprodukt .....	4/5 / 105
Buchbesprechung .....	2 / 40
Bundestagswahl .....	11/12 / 226

Energiewirtschaft .....	4/5 / 80
Einzelhandel .....	4/5 / 88
Erträge, Ernten .....	4/5 / 71
Erwerbstätige .....	4/5 / 66

Fremdenverkehr .....	3 / 48, 4/5 / 91, 8 / 173
Flächennutzung .....	4/5 / 70

Gastgewerbe .....	4/5 / 90
Gemeindesteuern .....	4/5 / 99
Großhandel .....	4/5 / 86

Handel .....	4/5 / 83
Handwerk .....	2 / 28, 6 / 124
Hochschulen .....	4/5 / 66

Insolvenzen .....	4/5 / 98
-------------------	----------

Jugendarbeit .....	1 / 22
--------------------	--------

Kraftfahrzeuge .....	4/5 / 95
Kirchensteuerzahler .....	3 / 53
Kommunalwahl .....	7 / 132, 8 / 169, 9 / 181

Land und Bund im Vergleich .....	4/5 / 106
Landeshaushalt 1997 .....	6 / 118
Landwirtschaft .....	4/5 / 69

Milcherzeugung .....	4/5 / 75
----------------------	----------

Öffentliche Abwasserbeseitigung .....	9 / 189
---------------------------------------	---------

## Heft /Seite

Personal im Öffentlichen Dienst .....	6 / 112
Preisentwicklung .....	4/5 / 100
Preisindex .....	4/5 / 100

Schafhaltung .....	10 / 200
Schlachtungen .....	4/5 / 74
Schulden gewerblicher Betriebe .....	1 / 4
Schulen	

allgemeinbildende .....	4/5 / 64
berufsbildende .....	4/5 / 65
Statistische Woche 1998 .....	7 / 158
Steuern	

Gemeinde- .....	4/5 / 99
Straßenverkehrsunfälle .....	4/5 / 96

Tierbestände und tierische Erzeugung .....	4/5 / 73
--	----------

Übernachtungen .....	4/5 / 92
Unfälle im Straßenverkehr .....	4/5 / 96

Verarbeitendes Gewerbe .....	4/5 / 75
Umsatz .....	4/5 / 78
Auftragseingang .....	4/5 / 79
Verdienste .....	4/5 / 102
Handel .....	3 / 58
Handwerk .....	6 / 124
Produzierendes Gewerbe .....	3 / 58
Verkehr .....	4/5 / 95
Viehbestände .....	4/5 / 74
Viehhalter .....	4/5 / 74
Vermögen gewerblicher Betriebe .....	1 / 4
Volksentscheid	
zur Erhaltung des Buß- und Bettages .....	1 / 17
„WIR gegen die Rechtschreibreform“ ...	11/12 / 239

Wahlbeteiligung .....	10 / 213
Wohnen .....	4/5 / 81

# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

51. Jahrgang • Heft 1

Januar 1999

## Inhalt • *Kurz gefaßt* ..... 2

Patienten in Krankenhäusern, Übernachtungen im Tourismus, Ozon- und Klimaschadstoffe, Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Silomaiserte, Aussaat von Winterfeldfrüchten, Apfelernte, Straßenverkehrsunfälle

### • *Aufsätze*

#### **Zur Messung der Wertschöpfung der Banken in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen** ..... 5

Hinter dem Begriff „unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen“ verbirgt sich ein methodisch interessantes und vielschichtiges Problem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und damit für die Bemessung der Beiträge der Mitgliedstaaten an die Europäische Union und für die Kriterien des Vertrages von Maastricht von Bedeutung ist. Der Aufsatz stellt heraus, daß die Probleme, die es schon auf der nationalen Ebene der Gesamtrechnungen mit der Berechnung der wirtschaftlichen Leistung der Kreditinstitute gibt, erheblich zunehmen, wenn es darum geht, die Wertschöpfung der Banken für Regionen zu ermitteln. Weil das Thema nur Spezialisten vertraut ist, wird zu Beginn des Aufsatzes streiflichtartig auf einige dogmengeschichtliche Aspekte und dann auf die Regelung für die nationale und für die regionale Gesamtrechnung eingegangen. Es werden zwar einige Zahlen aus der deutschen regionalen Gesamtrechnung geboten, das Schwergewicht des Beitrages bildet aber die Erörterung der Methodenprobleme.

#### **Estnische und ungarische Gäste im Statistischen Landesamt** ..... 20

Der Beitrag beschreibt die Unterstützung, die das Statistische Landesamt beim Auf- und Umbau der Agrarstatistik in Estland und Ungarn gewährt hat.

### • *Kurzbeiträge*

#### **Trend steigender Schülerzahlen etwas abgeschwächt** ..... 23

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 1998/99 ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Kurzaufsatz zeigt die unterschiedlichen Entwicklungen für die einzelnen Schularten auf.

#### **50 Jahre Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein** ..... 25

Am 20. Januar 1949 erschien das erste Statistische Monatsheft. Der Autor beschreibt kurz die Entstehungsgeschichte dieser Fachzeitschrift.

### • *Entwicklung im Bild* ..... 27

### • *Beilage*

Zahlenbeilage

Inhaltsverzeichnis 1998

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

### **Mehr Patienten in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern**

Die Patientenzahlen in den Krankenhäusern des Landes sind 1997 erneut gestiegen. Insgesamt wurden 477 089 Personen in Krankenhäusern vollstationär aufgenommen; dies entspricht einem Anstieg von 11 355 (2,4 %) gegenüber dem Vorjahr.

Rund 73 000 Patienten ließen sich wegen Krankheiten des Kreislaufsystems in einer Klinik behandeln. Gegenüber dem Vorjahr ist hier eine Steigerung von 3 % festzustellen. Weitere 53 000 Krankenhausaufnahmen erfolgten aufgrund von bösartigen oder gutartigen Tumorerkrankungen (Neubildungen). Damit haben die Patientenzahlen in diesem Bereich um 1 % zugenommen. 46 000 Patienten wurden aufgrund von Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes in ein Krankenhaus eingewiesen, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 7 % entspricht.

Der in den letzten Jahren beobachtete Trend sinkender Verweildauern hat sich 1997 erstmals nicht fortgesetzt. Mit einer durchschnittlichen Liegezeit von 10,8 Tagen hat sich die Verweildauer gegenüber 1996 (10,7 Tage) kaum verändert. Am kürzesten waren die Klinikaufenthalte bei Entbindungen mit einem Durchschnitt von 5 Tagen, während die mit durchschnittlich 31 Tagen längsten stationären Aufenthalte bei Patienten mit psychischen Erkrankungen registriert wurden.

### **Sommersaison 1998: Weniger Übernachtungen im Tourismus**

Im Sommerhalbjahr 1998, also in den Monaten Mai bis Oktober, kamen in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) 2,8 Mill. Gäste an, die 15,5 Mill. Übernachtungen buchten. Damit war die Anzahl der Übernachtungsgäste in Schleswig-Holstein nahezu gleich hoch wie im Sommerhalbjahr zuvor. Die Anzahl ihrer Übernachtungen blieb dagegen um insgesamt 2,0 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Nicht alle Reisegebiete des Landes waren von den rückläufigen Übernachtungszahlen des Sommerhalbjahres 1998 gleichermaßen betroffen. Während das Binnenland eine Saison mit gut behaupteten Übernachtungszahlen (+ 0,4 %) erlebte, ging das Übernachtungsaufkommen an den Küsten zurück. An der Ostsee und auf Fehmarn wurden 3,0 % weniger Übernachtungen ermittelt als im Sommerhalbjahr 1997. An der Nordseeküste waren es 2,0 % weniger Übernachtungen.

Den nachfrageorientierten Tourismus, insbesondere den Urlaubstourismus, bedienen die Beherbergungs-

stätten der herkömmlichen Hotellerie, das sind Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis sowie weitere Beherbergungsstätten, die den übrigen Betriebsarten (z. B. Heime, Jugendherbergen, Ferienzentren und Ferienwohnungen) zugerechnet werden. Die Anbieter in dieser Gastgebergruppe büßten in der Sommersaison 1998 3,0 % ihres Übernachtungsaufkommens ein, das sie noch in der Vorsaison 1997 erwirtschaftet hatten. Rückläufige Übernachtungszahlen gab es in Betrieben fast aller Betriebsarten, so besonders in den Gasthöfen (- 10,2 %), Pensionen (- 6,2 %) und den Hotels garnis (- 5,1 %). Weniger ausgeprägt gingen die Buchungen zurück in den Ferienhäusern, -wohnungen und -zentren (- 3,7 %), in den Erholungs- und Ferienheimen (- 2,4 %) und in den Jugendherbergen (- 1,0 %). Allein die Hotels behaupteten ihr Übernachtungsaufkommen (- 0,1 %) zur Vorjahressaison.

Als Ergebnis beabsichtigter Einsparungen im Gesundheitswesen waren im Sommerhalbjahr 1997 die Übernachtungszahlen in Sanatorien und Kurkrankenhäusern markant (- 19,7 %) zurückgegangen. Zwischenzeitlich konnte das geschrumpfte Übernachtungsaufkommen nicht nur konsolidiert, sondern es konnten sogar wieder Zuwächse (+ 9,6 %) erwirtschaftet werden.

In fast allen Gruppen von prädikatisierten Gemeinden sind die insgesamt rückläufigen Übernachtungszahlen nachweisbar, so besonders in den Luftkurorten (- 4,6 %) und den Ostseebädern (- 4,2 %). Moderat fiel der Rückgang in den Nordseebädern (- 2,3 %) und den Heilbädern (- 0,8 %) aus. Allein in den Erholungsorten (+ 1,5 %) war das Übernachtungsaufkommen größer als in der Sommersaison 1997. Gastgeber in den übrigen Gemeinden, denen kein Prädikat verliehen ist, meldeten ein leicht vermehrtes Übernachtungsaufkommen (+ 1,0 %). Darunter waren auch die Großstädte Kiel und Lübeck (ohne Travemünde), die ihre Bilanz der Sommersaison mit zusammen 2,7 % mehr Übernachtungen zum Vorjahr schlossen.

Neben den Übernachtungsgästen, die im Sommer in Beherbergungsstätten wohnen, gibt es im Lande, und dort besonders an der Ostsee, eine vergleichsweise hohe Zahl an Campinggästen. 2,3 Mill. Gästeankünfte (- 2,7 %) und 10,9 Mill. Übernachtungen (- 3,1 %) waren für die Sommersaison 1998 errechenbar.

### **Ozon- und Klimaschadstoffe in Schleswig-Holstein**

1996 wurden in Schleswig-Holstein rund 300 t ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe verwendet. Das ergab die Erhebung, die jährlich bei Unternehmen, die ozonschichtschädigende und klima-

wirksame Stoffe herstellen, ein- oder ausführen oder in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr verwenden, durchzuführen ist. Der größte Teil der von insgesamt 77 Unternehmen gemeldeten Stoffmenge, nämlich 181 t oder 60 % wurde als Treibmittel bei der Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen eingesetzt. 98 t (33 %) der Stoffe dienten als Kältemittel, für die Herstellung von Aerosolen wurden weitere 13 t benötigt. Von den 77 Unternehmen, die die betreffenden Stoffe meldeten, zählten fast die Hälfte, nämlich 38 zum Wirtschaftszweig „Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen“. Verwendet wurden die Stoffe außerdem im Maschinenbaugewerbe, in der chemischen Industrie, im Ernährungsgewerbe sowie im Kfz-Gewerbe.

### **Verarbeitendes Gewerbe hat wieder mehr investiert**

Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein haben 1997 mit 1,6 Mrd. DM rund 100 Mill. DM oder 6,5 % mehr in ihre Anlagen investiert als im Vorjahr, nachdem es 1996 noch zu einem Rückgang um 16 % gekommen war. Für Gebäude und Grundstücke wurden knapp 200 Mill. DM, das waren 12 % der Investitionen, für Maschinen und Betriebsausstattung 1,4 Mrd. DM (88 %) aufgewendet. Während die Gebäude- und Grundstücksinvestitionen damit 1997 den Vorjahreswert um 14 % verfehlten, lagen die Ausgaben für Maschinen und Betriebsausstattung um ein Zehntel höher als 1996.

Neben einer Großinvestition im Bereich der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik gingen entscheidende Impulse für das Investitionsplus von den zweistelligen Zuwächsen im Ernährungsgewerbe, im Verlags- und Druckereigewerbe, in der Mineralölverarbeitung sowie im Maschinenbau aus.

Aufgrund des Investitionsanstiegs und der gleichzeitig rückläufigen Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich 1997 die Investitionen je Beschäftigten, die sog. Investitionsintensität, um 8,7 % von knapp 10 600 DM auf 11 500 DM. Dieser Wert lag jedoch noch immer um 13 % unter dem Rekordergebnis des Jahres 1990 (13 200 DM).

### **Weiterhin geringere Beschäftigung im Bauhauptgewerbe**

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein waren am Ende des Monats Oktober 1998 38 244 Personen beschäftigt, 1,3 % weniger als Ende September. Damit hat sich die seit dem September 1998 zu beobachtende leichte Abnahme der Beschäftigtenzahl fortgesetzt. Die durchschnittliche

Beschäftigtenzahl von Januar bis Oktober 1998 lag um knapp 5 % unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Der gleichzeitige Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug dagegen nur 2,2 %. Auch bei den geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe war gegenüber dem Zeitraum des Vorjahres ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um gut 5 % auf 39,2 Mill. Stunden.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren in den ersten zehn Monaten dieses Jahres geringer als 1997. Sie lagen mit 2,8 Mrd. DM um 6,9 % unter dem Ergebnis des Vorjahres. Im öffentlichen und Verkehrsbau lagen die Auftragseingänge um 2,3 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes, im Wohnungsbau wurden Rückgänge um 8,3 % verzeichnet und im Wirtschaftsbau um 12,1 %.

### **Durchschnittliche Silomaisserträge**

Nach den Meldungen der Ernte- und Betriebsberichterstattung wurden im Berichtsjahr 1998 von einer auf 76 000 ha leicht ausgeweiteten Silomais-Fläche 2,5 Mill. Tonnen Grünmasse geerntet. Damit wurde die vorjährige Erntemenge um ein Zehntel verfehlt, das 6jährige Mittel aber infolge stetiger Anbauausweitung um ein Siebentel übertroffen.

Mit 330 dt Grünmasse entsprach der Hektarertrag dem mehrjährigen Durchschnitt, er lag aber um 11 % unter dem Ertragsniveau des Vorjahres. Ein sehr früher Vegetationsbeginn mit günstigen Niederschlags- und Temperaturverhältnissen hatte zunächst die Entwicklung der Maisbestände gefördert. Der naßkalte und sonnenscheinarme Sommer hemmte jedoch den weiteren Aufwuchs und verzögerte die Abreife. Hohe Niederschläge und dadurch häufig nicht befahrbare Böden erschwerten und behinderten die Erntearbeiten, so daß diese auf zahlreichen Feldern erst nach Einsetzen des Frostes in der zweiten Novemberhälfte durchgeführt werden konnten.

Durch die kühl-feuchten Witterungsverhältnisse während der gesamten Vegetationszeit wurde der Feldgrasanbau auf dem Ackerland und der Grünlandaufwuchs begünstigt. Die Rauhfutterernte war größer als im Vorjahr und übertraf deutlich den mehrjährigen Durchschnitt.

### **15 000 t Äpfel im Markto Obstbau geerntet**

Nach den Ertragsfeststellungen wurden 1998 im Markto Obstbau auf einer Fläche von 677 ha gut 15 000 t Äpfel geerntet. Dies war die größte Erntemenge der letzten sechs Jahre. Allein gut 9 000 t oder mehr als sechs Zehntel der diesjährigen Ernte

entfielen auf den Naturraum „Elbmarsch“ mit seinen für den Obstanbau günstigen Boden- und Klimaverhältnissen.

Trotz anhaltend feucht-kühler Witterung wurden mit durchschnittlich 223 dt je Hektar der Hektarertrag des Vorjahres (207 dt/ha) um knapp ein Zehntel und das mehrjährige Ertragsmittel (210 dt/ha) um 6 % übertraffen. Zwischen den Apfelsorten bestanden erhebliche Ertragsunterschiede. Wie im vorhergehenden Erntejahr waren die Sorten Boskop (290 dt/ha) und Gloster (282 dt/ha) besonders ertragreich. Auch Elstar (243 dt/ha) und Jonagold (241 dt/ha) erbrachten überdurchschnittliche Hektarerträge. Der Holsteiner Cox – mit einem Drittel der Anbaufläche am stärksten im Lande verbreitet – erreichte mit 186 dt/ha nicht den vorjährigen Hektarertrag (197 dt/ha). Umfangreiche Neupflanzungen drückten das durchschnittliche Ertragsniveau dieser besonders im norddeutschen Raum begehrten Sorte.

### **Im Herbst 1998 mehr Raps aber weniger Getreide ausgesät**

Nach den Meldungen der amtlichen Betriebs- und Ernteberichterstatte ging die Aussaat von Winterfeldfrüchten gegenüber dem Vorjahr um 3 % zurück. Schwierige Erntebedingungen im Herbst 1998 bei dem Silomais, den Kartoffeln und den Zuckerrüben führten gebietsweise dazu, daß die Aussaat von Wintergetreide sich nach diesen Feldfrüchten nicht nur verzögerte, sondern teilweise nicht mehr möglich war. Außerdem wurde der Prozentsatz der konjunkturellen Stilllegung von Ackerflächen wieder heraufgesetzt.

Insgesamt wurden im Herbst 1998 275 000 ha mit Wintergetreide bestellt. Trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vorjahr nimmt der Winterwei-

zen mit 171 000 ha die größte Anbaufläche ein. Aussaatflächen von 68 000 ha entfallen auf Wintergerste und von 29 000 ha auf den Roggen.

Während sich die Fläche mit Wintergetreide gegenüber dem Vorjahr um 5 % verringerte, wurde die mit Winterraps um knapp 5 % auf insgesamt 95 000 ha ausgeweitet.

Beim Einsetzen winterlicher Witterung in der zweiten Novemberhälfte hatten die Winterfeldfrüchte nicht den guten Wachstumsstand des Vorjahres erreicht. Von den Berichterstatte wurde über Nasseschäden durch die anhaltenden Niederschläge in den Herbstmonaten sowie über Schneckenfraß in den Rapsbeständen berichtet.

### **Straßenverkehrsunfälle im November 1998**

Auf Schleswig-Holsteins Straßen war die Polizei im November 1998 mit 5 373 Straßenverkehrsunfällen befaßt, das waren 7,8 % mehr Unfälle als im gleichen Monat 1997.

Unfälle mit reinem Sachschaden (4 320) erfaßte die Polizei 10,9 % mehr als im November des Vorjahres. Von diesen Unfällen waren 338 schwerwiegend, oder es war Alkohol im Spiel.

Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (1 053) verringerte sich um 3,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Verletzten (1 379) lag um 1,4 % unter der des Vorjahres. Es verunglückten 14 Personen tödlich, 9 Personen weniger als vor einem Jahr.

Insgesamt verunglückten damit in den letzten 12 Monaten auf den Straßen Schleswig-Holsteins 242 Menschen tödlich.



## Zur Messung der Wertschöpfung der Banken in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Zur methodisch-konzeptionellen Behandlung der Wertschöpfung der Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) hat die theoretische Volkswirtschaftslehre bisher wenig Beiträge geleistet. Die Methodendiskussionen fanden und finden vorwiegend in Fachgremien statt, die die Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – System of National Accounts 1993 (SNA) und Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG) – auf den Weg brachten und deren derzeit laufende Umsetzung in die Praxis begleiten. In den Staaten der Europäischen Union (EU) zeigt auch die Politik Interesse an dieser Frage, weil sie für das Niveau des Bruttoinlandsprodukts und damit für die EU-Eigenmittelberechnungen und für die Fiskalkriterien des Vertrages von Maastricht von 1992 über die Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion relevant ist.

Leider sind die von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnern entwickelten Meßkonventionen nur auf die nationale Ebene ausgerichtet. Für Regionen unterhalb der nationalen Ebene sind sie nicht oder nicht ohne weiteres anwendbar. Die Erörterung der Implikationen der in Rede stehenden Lösungen für die regionalen Wertschöpfungsdaten steht auf europäischer Ebene noch aus.

Im folgenden wird beschrieben, wie die deutsche regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung das konzeptionelle Problem, das sich in der gebräuchlichen Terminologie hinter dem spröden Begriff „unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen“ verbirgt, zu lösen versucht. Weil das Thema nur Spezialisten vertraut ist, wird zuvor streiflichtartig auf einige dogmengeschichtliche Aspekte und dann auf die Regelung für die nationale und für die regionale Gesamtrechnung eingegangen.

### Wirtschaftstheorie wenig ergiebig

Die internationale Vereinigung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechner IARIW (International Association for Review of Income and Wealth) wurde 1998 runde 50 Jahre alt. Ihr derzeitiger Chairman, der Deutsche Utz-Peter Reich, hat wiederholt eine Diskrepanz zwischen Wirtschaftstheorie und statistischer Praxis beklagt. Damit meint er in erster Linie mikro-

ökonomische Theorieansätze, die etwa zur Bildung von Preisindizes völlig unbrauchbar seien.<sup>1</sup> Ein anderes Council-Mitglied der IARIW bezeichnet das neue SNA als „milestone in the history of economics“ und als „powerful linkage of economic theory to actual policy-making“ und stellt einige Mutmaßungen an, warum die akademische Wirtschaftstheorie das Werk wenig zur Kenntnis nimmt.<sup>2</sup>

Wenn es wie beim Thema dieses Aufsatzes um Regionalaspekte der Messung von Produktion und Wertschöpfung der Kreditinstitute geht, könnten die Praktiker sogar über ein doppelseitiges Defizit klagen: Die an den Hochschulen vermittelte Wirtschaftstheorie gibt nicht nur zur Lösung der regionalstatistischen

<sup>1</sup> „Jenseits aller theoretischen Entwürfe und kritischen Probleme hat die amtliche Statistik vor allem ein Ziel im Blick, die Realitätsnähe ihrer Berichterstattung. Dazu gehört eine konkrete Erfahrung darüber, welcher Begriff mit welchen statistischen Verfahren zu messen ist und welcher nicht. Das kann bis zur Theoriefeindlichkeit gehen, wenn nämlich die Theorie von diesen Schwierigkeiten keine Kenntnis nimmt und dabei noch darauf beharrt, der oberste Richter über die Wahrheit eines Begriffes zu sein. Die in der akademischen Lehre gepflegte Tradition, die empirische Statistik als Dienerin der theoretischen Volkswirtschaftslehre aufzufassen, wird der wahren Rolle dieser Tätigkeit im Erkenntnisprozeß nicht gerecht... Hätte die Statistik daran festgehalten, etwas zu messen, was in vorgeschriebener Weise Rückschlüsse auf den Nutzen von Verbrauchern im Sinne der mikroökonomischen Theorie zuläßt, so hätten wir heute noch keine vernünftige Preisbeobachtung.“ Reich, U.-P., Der zeitliche Vergleich von Aggregaten der VGR, in: Reich, U.-P., C. Stahmer und K. Voy (Hrsg.), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 2, Zeit und Risiko, Marburg 1998

<sup>2</sup> St. Keuning, A Powerful Link between Economic Theory and Practice: National Accounting, in: Review of Income and Wealth, Series 44 (1988), S. 437. Keuning fragt, ob die akademische Wissenschaft die praktische Bedeutung der entwickelten Konzepte erkennt, ob sie das SNA vielleicht nur als „technisches“ Handbuch mit endlosen und langweiligen Definitionen sieht, ob sie die VGR nicht als eigenständiges Theoriegebäude wahrnimmt oder ob sie die dem SNA zugrundeliegenden mathematischen Algorithmen für zu simpel hält, um sich herausgefordert zu fühlen.

Meßprobleme<sup>3</sup> wenig her, sondern auch zur Beantwortung der Frage, inwieweit das Verleihen von Geld eine Produktionstätigkeit ist und wie sie dann zu bewerten wäre.

Die Entwicklung der modernen Makroökonomie und die der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hatten Mitte diesen Jahrhunderts entscheidende Impulse aus ein und demselben Ursprung bekommen, aus der – wie man heute auch sagt – Keynesschen Revolution. Mit dem Namen des großen englischen Ökonomen John Maynard Keynes verbindet man u. a. die Überwindung der klassischen Dichotomie von Wert- und Geldtheorie zugunsten einer integrierten, die Güter- und Geldpreisbildung simultan erfassenden „allgemeinen“ Theorie. Keynes hat mit der bis dahin geltenden Vorstellung aufgeräumt, daß eine Volkswirtschaft im Falle einer Depression allein durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt quasi naturgesetzlich zu einem Gleichgewichtszustand zurückfinden und die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden bringen würde.

Vor Keynes hatten sich nur wenige Ökonomen wie etwa die Physiokraten oder David Ricardo mit der Wechselwirkung zwischen volkswirtschaftlichen Aggregaten befaßt. Nationalökonomie hatte im wesentlichen Mikroökonomie in Gestalt einer Preis- und Werttheorie bedeutet, in der Geld eigentlich nichts oder allenfalls als Tauschmittel etwas zu suchen hatte. Die mikroökonomische Preistheorie hatte die Aufgabe, die Relation der verschiedenen Preise zueinander zu erklären, nicht jedoch deren absolute Höhe. Man hatte geglaubt, daß Geld eine von den realen Dingen unabhängige Größe wäre, deren Eigengesetzlichkeit sich in der Quantitäts- oder Verkehrsgleichung des Geldes erschöpft, wonach die – als exogen vorgegeben angenommene – Geldmenge als Produkt aus Preisniveau und Gütermenge die absolute Höhe der Preise erklärt. Hierdurch war der auf A. C. Pigou zurückgehende Ausdruck vom

„Schleier des Geldes“ aufgekommen: Geld hatte vor Keynes als eine unnötige Komplikation gegolten: Der Schleier sollte beiseite gezogen werden, um zur Analyse der „realen“ Variablen des Systems vorzudringen.

Mit seiner Zerstörung der Vorstellung von einem dichotomen, unabhängigen Nebeneinander von Güter- und Geldkreislauf gilt Keynes bekanntermaßen als Begründer der modernen Makroökonomik, die einem der international gängigsten Lehrbücher zufolge<sup>4</sup> sich u. a. mit der Bestimmung des gesamten Output einer Volkswirtschaft, mit dem Preisniveau, dem Beschäftigungsniveau und den Zinssätzen befaßt. Dieses Lehrbuch betont, daß es für ein umfassendes Verständnis der Bestimmungsgründe dieser Variablen nötig sei zu wissen, wie diese Variablen definiert und wie sie in der Praxis gemessen werden. Dann aber bietet es auf nur 30 seiner insgesamt immerhin 800 Seiten ein Kapitel über Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in dem konzeptionelle Probleme kaum und praktische überhaupt nicht erörtert werden.

Keynes hatte das Phänomen des Geldhortens zu erklären versucht. Die Frage, aus welchen Motiven Wirtschaftssubjekte überschüssige Liquidität halten, statt Güter zu kaufen, bildete den Ausgangspunkt seiner theoretischen Überlegungen. In seiner „General Theory of Employment, Interest and Money“ stellt er 1936 der bis dahin geltenden Auffassung, der Zins sei ein Lohn für Konsumverzicht, die These entgegen, daß der Zins vielmehr ein Lohn für den Verzicht auf das Horten von Geld sei (S. 174). An anderer Stelle (S. 167) bezeichnet er den Zins als Preis für die Bereitschaft, zeitlich begrenzt auf Liquidität zu verzichten. Die von ihm entwickelte Liquiditätspräferenztheorie hat die Diskussion um die Erklärung der Höhe des Zinses neu belebt.<sup>5</sup> Erklärungen zu Wesen und Charakter des Zinses gehen aber nach wie vor wesentlich auf Arbeiten von Irving Fisher und Eugen Böhm-Bawerk zurück, die vor der Keynesschen Revolution entstanden sind.

Allerdings wird die traditionelle Zinserklärungstheorie von der sogenannten ökologischen Ökonomie heftig angegriffen. Insbesondere ihre Erklärungsvariante, der Zins verdanke seine Existenz einer „Gegenwartsvorliebe“ oder „Zeitpräferenz“ von – und darin liegt die Kritik – rational handelnden Wirtschaftssubjekten, läßt sich nach Auffassung der ökologischen Ökonomie nur schwer mit den Grundsätzen einer wirklich rationalen, nachhaltigen, auf Substanzerhaltung, also

<sup>3</sup> Die Kritik der Ferne von regionalstatistischer Praxis richtet sich in erster Linie gegen neoklassische Konzepte der Mikroökonomik, in deren Laborbetrachtungen zum Marktmechanismus räumliche und zeitliche Distanzen, unvollständige Informationen und andere Unvollkommenheiten als störend empfunden werden: „Theoretisch wird der Wirtschaftsablauf vom Markt her konzipiert, einem Markt, der kein konkretes Raumgebilde ist, sondern ein Abstraktum, der Raum als theoretisches Datum existiert in der liberalen Theorie nicht. Lediglich Standortprobleme werden abgehandelt, bei denen der Raum gewissermaßen in Kosten aufgelöst wird und als Standortkosten Eingang in die Theorie findet.“ H. Lehmann, Raumforschung und Wirtschaftstheorie, in: Raumforschung und Raumordnung, 18. Jahrgang (1960), S. 140 (zitiert nach K. Voy, Raum und Grenzen in Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Reich et al., a. a. O.)

<sup>4</sup> R. Dornbusch und S. Fischer, Makroökonomik, 6. Auflage, München Wien 1994

<sup>5</sup> F. A. Lutz, Entwicklung der Zinstheorie, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 2 (1980), S. 546

an Wartenkönnen ausgerichteten Wirtschaftsführung vereinbaren. Einer ihrer Vertreter urteilt über die neuere neoklassische Literatur, die des theoretischen Mainstreams, sie sei zur Zinsfrage unergiebig. Man scheine sich für die Entstehung des Zinses nicht zu interessieren und nähme ihn hin, wie er ist.<sup>6</sup>

Ein anderer großer englischer Ökonom dieses Jahrhunderts, Sir John Hicks, hat 1979 im Titel eines seiner Beiträge die Frage gestellt, ob der Zins der Preis für einen Produktionsfaktor sei.<sup>7</sup> Er beklagt zunächst, daß Ökonomen als Produktionsfaktoren nahezu beliebig mal Boden, Arbeit und Kapital, mal nur Boden und Kapital oder auch nur Arbeit und Kapital oder ausschließlich Arbeit nennen. Er prüft verschiedene Begriffe von Kapital auf ihre Eignung, als Produktionsfaktor gelten zu können, um dann zu entscheiden, ob der Zins als Entlohnung dieses Faktors angesehen werden könne. Hicks kommt zu dem Schluß, daß keiner der gängigen Kapitalbegriffe, sondern nur ein Artefakt, das er Intertemporal Switch in Output nennt und ITSO abkürzt, unter ganz bestimmten Umständen als Produktionsfaktor gelten könne, für den unter ebenfalls nur ganz bestimmten Umständen der Zins den Faktorpreis darstellt. ITSO steht für ein Sparen, dem in gleicher Höhe Investitionen gegenüberstehen und das einen intertemporalen Effekt zu insgesamt mehr Produktion auslöst. Hicks betont die Nähe dieses Begriffes zu Böhm-Bawerks Zinserklärungsvariante der Mehrenergiebigkeit der Umwegproduktion.

Auch Hicks, der der Nationalen Buchführung durchaus nahe stand und ihr wichtige Impulse gegeben hat, gibt also keine unmittelbar operationale Antwort auf die für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen durchaus spannende Frage, inwieweit das Verleihen von Geld im allgemeinen und in Form der Mittlertätigkeit durch Kreditinstitute im besonderen als wirtschaftliche Tätigkeit zu gelten hat, die es wie etwa die Produktion von Fahrradschläuchen, die Dienstleistung eines Frisörs, die Vermietung einer Wohnung oder die Verpachtung von Land als Bestandteil volkswirtschaftlicher Leistung zu messen gilt.

Das Thema Zins, Geldverleih und Bankentätigkeit wird aber nicht nur von der Wirtschaftstheorie besetzt. Schon ein Blick in die Bibel zeigt, daß es seit altersher sozialethische Vorbehalte dagegen gibt, Geld- und Geldgeschäfte als quasi „arbeitslose Einkommen“ den durch Arbeit erworbenen Einkommen gleichzusetzen. Diese Vorbehalte finden ihren Widerhall etwa in der Sozialphilosophie von Thomas von

Aquin, im Zinsverbot des Marxismus sowie des Islams und nicht zuletzt in jahrhundertlangem Antisemitismus mit dem Höhepunkt der Pogrome gegen die als „Schacherer“ und „Wucherer“ verunglimpften Juden im Dritten Reich.<sup>8</sup> Animositäre Vorbehalte gegen die wirtschaftliche Tätigkeit der Banken und gegen den ihnen daraus erwachsenden Einfluß auf die Gesamtwirtschaft fanden auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch ihren Ausdruck in Gestalt der Forderung von Kritikern des marktwirtschaftlichen Systems, man solle die Banken verstaatlichen.

Interessanterweise bietet das SNA, das in seinen Grundzügen die Prägung moderner westlicher Industrienationen hat, für die im folgenden Abschnitt zu schildernde Behandlung der Wertschöpfung der Banken eine Lösung, die im Kern islamische Banken und ihre Kunden in der Praxis längst anwenden: Da der Koran und die islamischen Gesetze Zinsen verbieten, treten die Banken nicht als Kreditnehmer und Kreditgeber auf eigene Rechnung gegen Zinszahlung auf, sondern als reine Mittler. Die Kreditanbieter und Kreditnachfrager teilen sich hälftig Risiko und Erträge. Die Bank erhält eine Vermittlungsgebühr.<sup>9</sup>

### Die VGR-Lösung: Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

Die bald nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Leitung des späteren Nobelpreisträgers Richard Stone entstandene erste Fassung eines international vereinbarten Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen spricht explizit den Datenbedarf für die Praxis an, der sich infolge der großen Depression der 30er Jahre und den darauf folgenden Problemen der wirtschaftlichen Ankurbelung und der Kriegsfinanzierung ergeben hatte.<sup>10</sup> Der allererste Satz dieser ältesten von den Vereinten Nationen herausgegebenen VGR-Systematik beginnt wie folgt: „The production, distribution and use of goods and services involves many complex processes ...“. Dort scheint bereits unmittel-

<sup>6</sup> U. Hampicke, Ökologische Ökonomie, Opladen 1992, S. 206

<sup>7</sup> J. R. Hicks, Is Interest the Price of a Factor of Production?, in M. J. Rizzo (ed.), Time, Uncertainty and Disequilibrium, Lexington Toronto 1979, S. 51 - 63

<sup>8</sup> Zu „Zins- und Zinsverbot in der theologischen Diskussion“, so auch der Titel des Aufsatzes, äußert sich U. Woronitz in W. Schelke und M. Nitsch (Hrsg.), Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 175 bis 207. Zum Zinsverbot bei Thomas von Aquin siehe O. Sander, Die Zeit gehört Gott, in: N. Piper (Hrsg.), Die großen Ökonomen, 2. Auflage, Stuttgart 1996. Zum Begriff „Wucher“ in der Bibel und zum Zinsverbot im Islam siehe W. Kerber, Zins, in: G. Enderle et al., Lexikon der Wirtschaftsethik, Freiburg Basel Wien 1993, S.1341

<sup>9</sup> J. J. Klein, Interest and Interest Rates, in: International Encyclopedia of Economics, Volume one, London Chicago 1997, S. 748

<sup>10</sup> United Nations, A System of National Accounts and Supporting Tables, New York 1953, S. 1

bar auf, was wir heute allgemein als Drei-Seiten-Rechnung bezeichnen und womit wir meinen, daß das Inlandsprodukt gleichermaßen

- über die Produktion von Gütern und Diensten,
- über die Verteilung der daraus entstandenen Einkommen und
- über die Verwendung der Güter und Dienste

gemessen werden kann. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung wird allgemein durch die production boundary bestimmt. Die Diskussion darüber, was zur Sphäre der Produktion gehören soll und was nicht, hat sich immer wieder an der Behandlung der Hausarbeit, an der Bewertung staatlicher Dienstleistungen, an der Abgrenzung der Schattenwirtschaft oder an der Frage entzündet, ob man die Beseitigung von Umweltschäden infolge wirtschaftlicher Aktivität zum Inlandsprodukt rechnen dürfe oder nicht.

Die Bindung an die production boundary und damit an die Realwirtschaft bedeutet allerdings keineswegs, daß man trotz Keynes versuchen würde, den „Schleier des Geldes“ von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fernzuhalten. Das Kontensystem kennt unter dem Begriff „Transfers“ auch Einnahme- und Ausgabevorgänge, die zwar zu Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten bei den beteiligten Wirtschaftssubjekten führen, aber nicht das Niveau des Inlandsprodukts berühren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist invariant auch in bezug auf die Zahlung von Vermögenseinkommen wie etwa Dividenden auf Aktien oder andere Ausschüttungen von Unternehmensgewinnen.

Bei der Frage, wie das Verleihen von Geld und der daraus resultierende Zins zu behandeln sei, ist man im Kern bis heute bei den schon 1953 entwickelten, pragmatischen Regeln geblieben<sup>11</sup>, die man wie folgt zusammenfassen kann:

- Die Zinszahlung selbst rechnet zu den Vermögenseinkommen und ist Bestandteil der Verteilungsrechnung.
- Das Verleihen von Geld zählt also nicht zur Sphäre der Produktion von Gütern und Diensten, wohl aber das mit der Abwicklung zinsträchtiger Geschäfte verbundene Zusammenwirken der Produktionsfaktoren Arbeit und Realkapital (Gebäude, Maschinen und maschinelle Anlagen) in einem Kreditinstitut.
- Für diesen in jeder Bank optisch wahrnehmbaren, aber größtenteils nicht direkt entlohten Dienstlei-

stungoutput wird ein Entgelt unterstellt, das sich aus dem Unterschied zwischen Soll- und Habenzinsen bemißt. Der Produktionswert der Banken und damit ihre Wertschöpfung werden um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen oder – synonym zu verwenden – die unterstellte Bankgebühr erhöht.

- Die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen finden ihre Gegenbuchung bei den Kunden der Banken.

Bis heute strittig und problematisch ist in seiner Ausgestaltung der vierte der genannten Punkte. Darauf ist noch einzugehen.

Mit dem Artefakt der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen wird dem Charakter des Zinses als Verteilungsvorgang Rechnung getragen und gleichzeitig die Wertschöpfung der Banken adäquat abgebildet, ohne daß davon die Ersparnis der Sektoren in irgendeiner Form berührt wäre. Festzuhalten bleibt aber, daß mit den unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen eine Komponente in die Wertschöpfung der Kreditinstitute hineinkommt, die nur mittelbar Gegenstand einer wirtschaftlichen Transaktion ist. Besonders augenfällig wird das bei der Wertschöpfung der in manchen Jahren hohe Gewinne erzielenden Bundesbank.

Ohne die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen würde die Wertschöpfung der Banken, die ja Gewinne anstreben und in durchaus beachtlicher Höhe

#### Produktionswert und Wertschöpfung der Kreditinstitute in Deutschland 1997 in Mrd. DM

Aufkommen	Verwendung	
Vorleistungen 59	Verkäufe von Waren, Provisionen, Gebühren u. ä. 48	Produktionswert 191
Bruttowertschöpfung 132 <i>darunter Einkommen aus unselbständiger Arbeit</i> 65	unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen 143	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Tab. 3.1.10

<sup>11</sup> United Nations, a. a. O., S. 32

auch erreichen, negativ ausfallen. Denn die tatsächlichen Entgelte der Banken aus Provisionen und Gebühren wären für sich allein genommen niedriger als die Vorleistungen, also im wesentlichen die sächlichen Betriebskosten.

Das vereinfachte Produktionskonto soll den Zusammenhang verdeutlichen, wobei zu beachten ist, daß dieses Konto dem Buchungskreislauf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entstammt. Für die bankbetriebliche Rechnungslegung sind die geleisteten und die gezahlten Zinsen Gegenstand der Gewinn- und Verlustrechnung. Bankkaufleuten ist das Problem, das die Gesamtrechnung mit den Zinsen hat, völlig fremd.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß in der Berechnung der Zinsmarge und damit der unterstellten Bankdienstleistungen die Zinseinnahmen aus den eigenen Anlagen der Banken unberücksichtigt bleiben, d. h. die Zinserträge etwa aus Wertpapieren, die das Kreditinstitut dauerhaft halten möchte (sie stellen handelsrechtlich Anlagevermögen<sup>12</sup> dar), sind nicht – auch nicht in Form unterstellter Entgelte – Gegenstand der Entstehungsrechnung und durchlaufen nicht das Produktionskonto.

### **Das Gegenbuchungsproblem in der nationalen Rechnung**

Im System von 1953 war vorgesehen, die unterstellten Bankdienstleistungen als Käufe der Bankkunden anteilig gegenzubuchen. Soweit es sich um Unternehmen handelte, waren deren Vorleistungen zu Lasten der Wertschöpfung entsprechend zu erhöhen. Auf die Höhe des Inlandsprodukts hatte dies keinen Einfluß, wohl aber auf die Struktur der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen. Beim Staat war mit dem Zuwachs an Vorleistungen auch der Staatsverbrauch zu erhöhen, das Inlandsprodukt stieg entsprechend. Die Gegenbuchung der unterstellten Bankdienstleistung bei den privaten Haushalten erhöhte den privaten Verbrauch und das Inlandsprodukt, die Gegenbuchung bei ausländischen Bankkunden erhöhte den Export und ebenfalls das Inlandsprodukt, denn das Inlandsprodukt ist von der Verwendungsseite her betrachtet die Summe der letzten inländischen Verwendung (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen) und des Außenbeitrages (Export minus Import).

<sup>12</sup> Der Begriff Anlagevermögen wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anders (im Sinne von Realkapital) verwendet. In den VGR gehören die Wertpapiere zu den finanziellen Aktiva, also nicht zum „Anlagevermögen“.

Die Verwendung der Vergangenheitsform deutet an, daß diese Empfehlungen – verbindliche Regeln waren es damals noch nicht – nur begrenzte Zeit galten. Dies lag insbesondere daran, daß es an geeigneten Daten zur Aufgliederung der Zinsmarge auf die einzelnen Wirtschaftszweige und Sektoren fehlte. Diesen Schwierigkeiten trug die Revision des System of National Accounts von 1968 Rechnung, indem es empfahl, die unterstellten Bankdienstleistungen in Gänze einer fiktiven Einheit im Unternehmenssektor anzulasten, d. h. weder auf einzelne Wirtschaftszweige noch auf private Haushalte oder den Staat oder das Ausland zu verteilen. Als Grund hob das SNA außer den empirischen Schwierigkeiten auch hervor, daß die Höhe des Inlandsprodukts nicht vom Ausmaß der Gegenbuchung der Bankdienstleistungen außerhalb des Unternehmenssektors abhängig sein solle.<sup>13</sup> Anders ausgedrückt: Die Höhe des Inlandsprodukts soll unabhängig davon sein, wie das eingesetzte Realkapital finanziert worden ist.

Diesem Umstand ist es zu schulden, daß es in der deutschen Terminologie seitdem eine „unbereinigte“ und eine „bereinigte“ Wertschöpfung der Wirtschaftszweige gibt. Die Wertschöpfung etwa der Papier- und Pappeerzeugung kann nur „unbereinigt“ nachgewiesen werden, d. h. die Vorleistungen enthalten keinerlei unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen. Auch die oben im Produktionskonto der Kreditinstitute nachgewiesene Wertschöpfung ist „unbereinigt“. Die um den Vorleistungsverzehr von unterstellten Bankdienstleistungen „bereinigte“ Wertschöpfung kann nur für die Wirtschaft insgesamt angegeben werden. Die fiktive Einheit, der die unterstellten Bankdienstleistungen zugerechnet sind, hat den einzigen Sinn, auf ihrem Produktionskonto die unterstellten Bankdienstleistungen als Vorleistung aufzunehmen und eine negative Wertschöpfung in gleicher Höhe auszuweisen, so daß das Kontensystem schon innerhalb der Entstehungsrechnung buchungstechnisch wieder geschlossen ist. In der Einkommensverteilung können dann die tatsächlichen Zinseinnahmen und -ausgaben in voller Höhe nachgewiesen werden.

Daß die unterstellten Bankdienstleistungen in Gänze einer fiktiven Einheit im Unternehmenssektor angelastet werden, erscheint insbesondere angesichts der hohen Zinsvolumina im privaten Wohnungsbau auf den ersten Blick abwegig. Dazu muß man allerdings wissen, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen das gesamte Wohnungswesen einschließlich der vom Eigentümer selbst genutzten Wohnungen dem Unternehmensbereich zugerechnet wird. Im übrigen steht hinter der Idee, die unterstellte Bankgebühr (fiktiv) komplett im Unternehmenssektor

<sup>13</sup> United Nations, A System of National Accounts, New York 1968, Ziffer 6.32 ff.

**Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 1997**  
– in Millionen DM –

<b>8 622 870 Produktionswert</b>	
	– 5 132 990 Vorleistungen
<b>3 489 880 Bruttowertschöpfung</b> (unbereinigt) zu Marktpreisen	+ 240 900 nichtabziehbare Umsatzsteuer
	+ 36 530 Einfuhrabgaben
	– 143 310 unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
<b>3 624 000 Bruttoinlandsprodukt</b> zu Marktpreisen	

239901 Stat.LA S-H

gegenzubuchen, die keineswegs abwegige Vorstellung, daß die Zinsen – wie etwa auch die Dividenden einer AG oder die Gewinnausschüttungen einer GmbH – nur aus der Wertschöpfung eines Unternehmens heraus leistbar sind, und zwar auch im Falle der Verzinsung privater Ersparnisse. Das folgende einfache Beispiel soll die Rolle der Finanzintermediäre deutlich machen:

*Die Witwe Bolte verfüge über ein Sparguthaben von 13 000 DM, auf das ihr ihre Bank jährlich 450 DM Zinsen zahlt. Das Bankhaus Wilhelm Busch habe mit ihrem Geld einen Kredit an Fa. Max Moritz für einen Hähnchengrill über 10 000 DM zum Zinssatz von 8 % vergeben. Max Moritz erwirtschaftete mit seinem Hähnchengrill 50 000 DM Bruttowertschöpfung. Im Ergebnis zahlt also Max Moritz an Bankhaus Wilhelm Busch 800 DM, Wilhelm Busch an Witwe Bolte 450 DM Zinsen. Die unbereinigte Bruttowertschöpfung von Max Moritz ist unverändert 50 000 DM, die von Bankhaus Wilhelm Busch*

*350 DM und die der fiktiven Einheit im Unternehmenssektor - 350 DM. Die bereinigte Bruttowertschöpfung ist die Summe aller unbereinigten Wertschöpfungen einschließlich der fiktiven Einheit im Unternehmenssektor und beträgt 50 000 DM, d. h. sie ist völlig invariant in Bezug auf den Fremdkapitalanteil von Fa. Max Moritz.*

Die Regelung im SNA von 1968 kam zwar mit wenigen, den Nutzern der Daten auch relativ leicht vermittelbaren Buchungen aus, war aber konzeptionell nicht völlig befriedigend. Sie hat in der ersten Hälfte der 80er Jahre, als die Debatte um die neuerliche Revision des SNA begann, eine intensive Diskussion über das richtige Konzept der Gegenbuchung ausgelöst. Diese Diskussion wurde in diversen Aufsätzen in „The Review of Income and Wealth“, der Zeitschrift der anfangs erwähnten Gesamtrechnervereinigung IARIW, und in Fachkreisen der OECD geführt. Die Bandbreite der Meinungen reicht von dem Vorschlag, die Zinsen in voller Höhe als Dienstleistungsentgelt

und damit als Bestandteil der Produktions- und nicht der Verteilungssphäre zu behandeln, bis hin zu dem Vorschlag, die unterstellte Bankgebühr wieder abzuschaffen, weil sich in der Frühzeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch niemand an einer negativen Wertschöpfung der Banken gestört habe und wichtig für die Kreditinstitute nicht ihr Produktionskonto, sondern ihr Einkommensverteilungskonto und ihr Finanzierungskonto sei.<sup>14</sup> Eine sehr anschauliche Zusammenfassung der Diskussion liefert Kopsch.<sup>15</sup>

Die jüngste Revision des System of National Accounts ist 1993 abgeschlossen worden. Das SNA von 1993 hält an der Idee einer unterstellten Bankgebühr fest, verwendet dafür das auch im deutschen Sprachgebrauch gut verwendbare Kürzel FISIM (financial intermediation services indirectly measured). Bemerkenswert, weil ansonsten im SNA ungewöhnlich, ist, daß das SNA von 1993 nun zwei Optionen zur Auswahl stellt, nämlich die konzeptionell saubere des SNA von 1953 mit der Zurechnung der unterstellten Bankgebühr auf alle in Frage kommenden Verwender und die des SNA von 1968 mit der Zurechnung ausschließlich auf eine fiktive Einheit im Unternehmenssektor.

In der EU wird das neue SNA ab 1999 eingesetzt, allerdings in einer aus dem SNA abgeleiteten, europäischen Variante, dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESGV. Auch das ESGV – es nennt sich wegen seines eigentlich vorgesehenen Fertigstellungsjahres ESGV 1995<sup>16</sup> – sieht beide FISIM-Varianten als Optionen vor. Das ESGV 1995 hat nicht mehr nur Empfehlungscharakter, sondern ist per EG-Verordnung Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 ausdrücklich auch auf der regionalen Ebene in der Europäischen Gemeinschaft verbindlich anzuwenden (ABl. EG Nr. L310 S. 1). Hinsichtlich der unterstellten Bankgebühr bleiben beide Optionen nur noch begrenzte Zeit offen. Ab dem Jahre 2003 sollen alle Mitgliedstaaten der EU die FISIM auf die verwendenden Sektoren aufteilen.<sup>17</sup>

Diese Entscheidung fiel gegen die Stimme Deutschlands, da „konzeptionell befriedigende, zuverlässige und vergleichbare sektorale Berechnungen in den Mitgliedstaaten der EU nicht gewährleistet sind und eine Aufteilung nicht vertretbare Auswirkungen auf die Ermittlung der Eigenmittel der EU und der Konvergenzkriterien haben würden“.<sup>18</sup>

Man hätte – wie im folgenden noch deutlich zu machen ist – als Argument auch hinzufügen können, daß die Option der Verteilung auf die verwendenden Sektoren für die Regionalrechnung Probleme besonderer Art aufwirft. Zum besseren Verständnis wird im nächsten Abschnitt zunächst die für Deutschland derzeit noch relevante Option des fiktiven Sektors in ihrer Umsetzung für Regionalrechnung im allgemeinen und für Deutschland im speziellen geschildert, bevor dann erst auf die für die praktische Regionalrechnung – nicht nur in Deutschland – noch sehr theoretische Option der Aufteilung der unterstellten Bankgebühr auf die einzelnen Verwendersektoren dargelegt wird.

### Das Gegenbuchungsproblem in der regionalen Rechnung: Option fiktiver Sektor

Weder SNA noch ESGV geben Hinweise auf die Behandlung der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen in regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zunächst einmal stößt schon die Aufgliederung auf der Outputseite auf Probleme, denn besonders die großen Banken haben ein regional weit verzweigtes Filialnetz. Eine regionale Zinsmarge läßt sich empirisch kaum ermitteln. Es müssen also geeignete Schlüssel gefunden werden, diesen Teil des Produktionswertes der Kreditinstitute den beteiligten Regionen zuzuordnen. Dafür kommen insbesondere Zahlen der bei den Instituten Beschäftigten oder ihrer Arbeitsentgelte in Betracht. Das Problem der sogenannten Mehrländerunternehmen hat die regionale Rechnung allerdings auch in anderen Wirtschaftsbereichen. Es ist im Prinzip lösbar.<sup>19</sup>

Das Hauptproblem der Regionalrechnung ist aber, wie in der nationalen Rechnung auch, die Gegenbuchung. Es ist unmittelbar zu erkennen, daß es mit der Erweiterung um die regionale Komponente noch

<sup>14</sup> T. K. Rymes, Further thoughts on the Banking Imputation in the National Accounts, in: The Review of Income and Wealth 4/1986, S. 425 ff.

<sup>15</sup> G. Kopsch, Kreditinstitute in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Wirtschaft und Statistik 1/1987, S. 37 - 45

<sup>16</sup> EUROSTAT, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESGV 1995, Luxemburg 1996

<sup>17</sup> Verordnung Nr. 448/98 des Rates zur Ergänzung und Änderung der VO (EG) Nr. 2223/96 hinsichtlich der Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr (FISIM) im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene vom 16. Februar 1996.

<sup>18</sup> N. Hartmann, Die Verordnung des Rates der Europäischen Union zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESGV-VO), in: Allgemeines Statistisches Archiv, 80. Jg. (1996), S. 336

<sup>19</sup> EUROSTAT schlägt in seinem 1995 veröffentlichten statistischen Dokument 1E „Methodik der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen“ für die Regionalschlüsselung der Bruttowertschöpfung einen Einkommensansatz vor (S. 26).

**Auswirkung einer Zurechnung der unterstellten Bankgebühr zu einem fiktiven Sektor**  
– Erweiterung von Tabelle A.I.1 im Anhang I ESVG 95 (S. 283) für die regionale VGR –

	Gesamte Volkswirtschaft								Übri- ge Welt	Ins- ge- samt
	fiktiver Sektor		finanzielle Kapitalgesell- schaften		übrige Sektoren		zusammen			
	Süd	Nord	Süd	Nord	Süd	Nord	Süd	Nord		
	Geldeinheiten									
<b>Produktionskonto</b>										
P.1 Produktionswert	–	–	40	8	–	–	40	8	–	48
P.2 Vorleistungen	26	22	–	–	–	–	26	22	–	48
<i>B.1 Wertschöpfung/Saldo des Waren- und Dienstleistungs- verkehrs mit der übrigen Welt</i>	- 26	- 22	40	8	–	–	<b>14</b>	<b>- 14</b>	–	–
<b>Primäres Einkommensverteilungskonto</b>										
<i>B.2 Betriebsüberschuß</i>	- 26	- 22	40	8	–	–	14	- 14	–	–
D.41 Zinsen (Aufkommen)	–	–	95	30	40	35	135	65	22	222
D.41 Zinsen (Verwendung)	–	–	55	22	69	60	124	82	16	222
P.119 unterstellte Bankgebühr	26	22	- 40	- 8	–	–	<b>- 14</b>	<b>14</b>	–	–
<i>B.5 Primäreinkommen</i>	–	–	40	8	- 29	- 25	11	- 17	6	–

schwieriger würde, die unterstellten Entgelte nach ihrer Inanspruchnahme aufzugliedern.

Betrachtet sei zunächst die weniger schwierige der beiden ESVG-Optionen, die Beibehaltung der bisherigen Regelung mit der Gegenbuchung als Vorleistung auf dem Produktionskonto einer fiktiven Einheit im Unternehmenssektor oder, wie es das ESVG 1995 jetzt nennt, zu einem fiktiven Sektor. Für die Regionalrechnung eröffnen sich hier zwei Unteroptionen:

- Entweder man überträgt die Nebenbedingung der nationalen Rechnung, wonach die unterstellte Bankgebühr BIP-neutral zu buchen ist, auch auf die regionale Rechnung,
- oder man negiert diese Nebenbedingung und läßt zu, daß geleistete und empfangene unterstellte Bankgebühr in den Regionen auseinanderklaffen.

Im ersten Fall wäre die Lösung einfach. Sie entspräche der nationalen Verbuchungsweise, wonach auf dem Rechenwege von der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zum Inlandsprodukt den Regionen als unterstellte Bankgebühr genau der Betrag wieder abgezogen wird, der ihren Kreditinstituten als Teil des Produktionswertes vorher zugerechnet worden war. Ein „Export“ oder „Import“ von unterstellten Bankdienstleistungen findet nicht statt.

Im zweiten Fall würde man eine Annahme zu treffen haben, wie sich der fiktive Sektor auf die Regionen verteilt. Es liegt nahe, dafür als Maßstab den Saldo aus tatsächlich geleisteten und tatsächlich empfangenen Zinsen je Region zu verwenden. Entsprechend kommt es zu regionalen Salden zwischen erbrachter und in Anspruch genommener Bankdienstleistung. Das Inlandsprodukt fällt in Regionen mit einem Schwerpunkt an Bankentätigkeit höher aus als nach der Methode des erstgenannten Falls. Diese Regionen „exportieren“ Bankdienste. Für Regionen mit unterproportionaler Bankenaktivität gilt das entsprechend umgekehrt. Die regionalen Salden ergeben in der nationalen Summe null, weil der Vorleistungsverzehr von Bankdienstleistungen definitionsgemäß nur im Inland stattfindet. Der Zusammenhang läßt sich gut in Anlehnung an das einschlägige Buchungsbeispiel im ESVG 1995 demonstrieren, wobei schon die ab Revision geltende Sektoreinteilung und die neuen Termini verwendet werden:

Tabelle A.I.1 im Anhang des ESVG 1995 (S. 283) schildert – für die nationale Ebene – die „Auswirkungen einer Zurechnung der unterstellten Bankgebühr zu einem fiktiven Sektor“. Für die regionale Ebene läßt sich das kleine Rechenbeispiel leicht zu einem Zwei-Regionen-Modell ausbauen. Die obige Tabelle verwendet die ESVG-Zahlen, teilt sie aber unter



folgenden Annahmen zusätzlich nach „Süd“ und „Nord“ auf:

- Die finanziellen Kapitalgesellschaften und ihre Betriebe konzentrieren sich in Süd. Nach Maßgabe der Lohnsumme der Bankbeschäftigten sei angenommen, daß 40 Einheiten der unterstellten Bankgebühr FISIM auf Bankdienstleistungen in Süd und 8 auf Nord entfallen.
- Die im Modell von den finanziellen Kapitalgesellschaften tatsächlich geleisteten und empfangenen Zinsen zeigen die beiden Zeilen D.41, wobei „Aufkommen“ aus Sicht des betreffenden Sektors für Habenzinsen und „Verwendung“ für Sollzinsen steht. Die „übrigen Sektoren“ leisten 69 minus 40 Einheiten tatsächliche Zinsen in Süd und 60 minus 35 in Nord. Nach der Proportion 29 zu 25 ließe sich die FISIM-Gesamtsumme von 48 auf Süd und Nord aufteilen, wobei auch andere Schlüssel denkbar sind. Es ergeben sich als Vorleistungen im fiktiven Sektor 26 für Süd und 22 für Nord. Die Gegenbuchung der unterstellten Bankgebühr spart die „übrige Welt“ aus.

In diesem kleinen Modell, das lediglich die auf die unterstellte Bankgebühr (FISIM) entfallenden Produktionswerte und Vorleistungen und die dafür relevanten, tatsächlichen Zinszahlungen umfaßt, wird der Regionaleffekt der FISIM deutlich sichtbar. Während FISIM auf der nationalen Ebene und in der Summe der Sektoren weder Wertschöpfung noch Inlandsprodukt verändert, gilt dies auf der regionalen Ebene, wo FISIM die Zahlen in der Bankenregion Süd die Zahlen erhöht und in Nord entsprechend vermindert, nicht mehr. Das Ergebnis kann interpretiert werden als Nettoexport (14 Geldeinheiten) von nicht direkt entlohten Bankdiensten, den die Region Süd an die Region Nord leistet. Die Buchungen im primären Einkommensverteilungskonto zeigen den weiteren Weg vom Betriebsüberschuß zu den Primäreinkommen mit dem Ergebnis, daß im Saldo B.5 die Primäreinkommen so nachgewiesen sind, als hätte es das Artefakt der unterstellten Bankgebühr überhaupt nicht gegeben.

### **Die Lösung in der regionalen deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Bundesländer**

Die deutsche regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist nicht frei in der Wahl der ESVG-Optionen zur Gegenbuchung der unterstellten Bankgebühr. Sie ist gebunden durch die Regelung in der nationalen Gesamtrechnung, denn es besteht der Grundsatz, deren Methoden soweit wie irgend möglich auf die regionale Rechnung anzuwenden. In Deutschland wurde die unterstellte Bankgebühr bis-

her einer fiktiven Einheit im Unternehmenssektor zugerechnet. Mit der jetzt anstehenden ESVG-Revision wird dies in Anwendung der ESVG-Option fiktiver Sektor auch weiterhin praktiziert, solange es die einschlägige Verordnung zuläßt.

Für die Regionalrechnung stellt sich damit die Frage, welche der beiden oben beschriebenen Unteroptionen zum Zuge kommen soll. Beide Unteroptionen, also mit oder ohne Regionalsaldo FISIM, wären für eine Regionalrechnung umsetzbar. Da der Regionalsaldo FISIM unmittelbar auf die Höhe von Wertschöpfung und BIP wirkt, Wertschöpfung und BIP aber wesentliche Kriterien für die Zubemessung von Mitteln der Regionalförderung sind, bedarf es einer Entscheidung auf europäischer Ebene. Es ist unmittelbar einsichtig, daß man das Regionalgefälle in der Wirtschaftskraft mit der in der Tabelle dargestellten Methode schärfer akzentuiert als mit der BIP-neutralen Unteroption, wenn richtig ist, daß Bankenaktivität vornehmlich dort stattfindet, wo sich ohnehin schon wirtschaftliche Aktivität ballt. Eine Entscheidung auf europäischer Ebene steht aber noch aus, die Diskussion darüber hat erst begonnen.

Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder hat bisher den Weg gewählt, die Werte für den fiktiven Sektor zur Gegenbuchung der unterstellten Bankgebühr nach Maßgabe der Wertschöpfung aller Sektoren auf die Regionen zu verteilen. Das weiter oben tabellarisch dargestellte Modell der Zurechnung der unterstellten Bankgebühr in den Beispielregionen Nord und Süd zu einem fiktiven Sektor bildet also die Rechenweise der regionalen VGR in Deutschland ab. Allerdings bedarf es einiger ergänzender Erläuterungen:

Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder verwendet keine Konten, weil für die Ebene der Bundesländer eine komplette Drei-Seiten-Rechnung und damit ein geschlossenes Buchungssystem aus vielerlei Gründen nicht umsetzbar ist.

Das Statistische Bundesamt gliedert die Daten für Deutschland insgesamt derzeit noch biregional in das frühere Bundesgebiet einerseits und in das Beitrittsgebiet andererseits auf und behandelt beide Gebiete, soweit dies empirisch noch möglich ist, als seien es getrennte Volkswirtschaften. Die Werte der Entstehungsrechnung, also Wertschöpfung, Inlandsprodukt und eben auch unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen, sind für den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder die relevanten Abstimmgrößen, d. h. die Summe der Ergebnisse für die Länder des früheren Bundesgebietes entspricht dem vom Statistischen Bundesamt für Westdeutschland ausgewiesenen Wert. In Westdeutschland erbrachte Bankdienstleistungen werden also danach

auch nur von Kunden im früheren Bundesgebiet in Anspruch genommen. Die Tabelle zeigt das Ausmaß der regionalen Salden aus erbrachten und aus in Anspruch genommenen Bankdienstleistungen, wobei die erbrachten Dienstleistungen vom Arbeitskreis VGR der Länder so explizit weder gerechnet noch veröffentlicht werden. Die Spalte der Tabelle mit dem Wert der erbrachten Bankdienstleistungen stellt die für das frühere Bundesgebiet angesetzten unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen lediglich in anderer regionaler Aufgliederung dar, nämlich nach Maßgabe der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Kreditinstitute in den Ländern.

**Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen  
im früheren Bundesgebiet 1995  
nach Bundesländern in Mrd. DM**

Bundesland	Wert der ...	
	... erbrachten ...	... in Anspruch genommenen ...
	... Bankdienstleistungen	
Schleswig-Holstein	3,3	4,3
Hamburg	5,3	5,3
Niedersachsen	9,4	12,2
Bremen	1,5	1,6
Nordrhein-Westfalen	23,0	30,6
Hessen	26,6	13,6
Rheinland-Pfalz	4,6	6,1
Baden-Württemberg	17,9	20,0
Bayern	24,6	23,5
Saarland	1,4	1,7
Berlin (West)	5,8	4,5
<b>Früheres Bundesgebiet</b>	<b>123,5</b>	<b>123,5</b>

Die Tabelle zeigt sehr deutlich die überregionale Bedeutung des Kreditwesens in Hessen, wo das Bruttoinlandsprodukt 1995 um etwa 13 Mrd. DM oder 4 % geringer ausfallen würde, wenn man die unterstellten Entgelte als Vorleistungen voll in der Region ihres Aufkommens gegenbuchen würde. Umgekehrt fiel dann für Schleswig-Holstein das Bruttoinlandsprodukt um etwa 1 Mrd. DM oder 1 % höher aus.

Der Arbeitskreis VGR der Länder wird auch nach der Revision aus Anlaß des ESVG 1995 bei seiner Methode der Behandlung der unterstellten Bankgebühr bleiben. Sie hat inzwischen auch Eingang gefunden in die 1995 auf europäischer Ebene vereinbarte Methodik der Regionalrechnung (EUROSTAT-Dokument 1E, a. a. O., S. 26).

In dem aus der ESVG-Tabelle abgeleiteten Modell schließt sich die primäre Einkommensverteilung nahtlos an das Produktionskonto an. Auch dies ist in der Buchungsweise des Arbeitskreises VGR der Länder so nicht möglich. Zum einen gibt es über die regionalen Ströme der geleisteten und der empfangenen tatsächlichen Zinsen keine empirisch gesicherten Zahlen. Der Arbeitskreis VGR der Länder unterstellt daher, daß sich die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Banken durch die Unternehmen regional so verteilt wie die Wertschöpfung aller Sektoren und schlüsselt so die „unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen“ der nationalen Rechnung auf die Länder. Zum anderen wären die auf tatsächliche Zinszahlungen entfallenden Primäreinkommen, selbst wenn man die Daten darüber hätte, Teil eines äußerst komplexen überregionalen Beziehungsgeflechts primärer Einkommenströme, das die regionale Rechnung – wenn man von den Pendlereinkommen aus unselbständiger Arbeit einmal absieht – ohnehin nur von ihrem Gesamtniederschlag her angehen kann, wie er sich in der Einkommensteuerstatistik ausprägt. Man weiß also allenfalls, wieviel Primäreinkommen den Schleswig-Holsteinern in einem bestimmten Jahr zugeflossen ist, aber nicht oder nur begrenzt, welche Unternehmen aus welcher Region Zinsen, Dividenden oder sonstige Ausschüttungen an Schleswig-Holsteiner überwiesen haben. Sicherlich stammt auch die eine oder andere Mark aus Dividenden hessischer Banken.

**Die Lösung für die Kreisberechnung**

Der Arbeitskreis VGR der Länder rechnet nicht nur Ergebnisse für Bundesländer, sondern – zum Teil auf Anforderung der EU – auch ausgewählte Merkmale für alle Kreise und kreisfreien Städte. Zum Lieferprogramm an die EU gehört auch die Bruttowertschöpfung. Da die Bruttowertschöpfung insbesondere in der wirtschaftlichen Gliederung von Interesse ist, kommt aus den weiter oben dargelegten Gründen insbesondere die „unbereinigte“ Variante in Frage. Eine „bereinigte“ Wertschöpfung für Kreise berechnet der Arbeitskreis VGR der Länder nicht. Am Extrembeispiel der Bankenstadt Frankfurt am Main läßt sich besser noch als an den Länderergebnissen demonstrieren, warum es Sinn macht, dem Nutzer der Zahlen „unbereinigte“ Werte anzubieten, obwohl dieses Attribut Unvollkommenheit assoziiert und die Forderung nach vermeintlich besseren, „bereinigten“ Zahlen geradezu provoziert. Die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung Frankfurts betrug 1994 etwa 80 Mrd. DM und lag mit 147 TDM je Erwerbstätigen, wie zu erwarten, weit über dem Durchschnitt für das frühere Bundesgebiet (99 TDM). Betrachtet seien auch hier beide Lösungsvarianten für regionale Rechnungen, die unterstellte Bankgebühr in toto bei einem fiktivem Sektor gegenzubuchen.

Es wäre nur schwer zu vermitteln, die unterstellten Entgelte für die in der Stadt Frankfurt erbrachten Bankdienstleistungen komplett als in Frankfurt auch in Anspruch genommen zu verbuchen und so zu einer auf den ersten Blick unplausiblen Bruttowertschöpfung in der hessischen Bankenmetropole zu kommen. Die Alternative wäre, wie in der Länderrechnung eine interregionale Verschränkung von Produktion und Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen konzeptionell zuzulassen. Die Frage wäre dann, ob diese Verschränkung für Deutschland insgesamt – was sachgerecht wäre – oder nur innerhalb von Bundesländern angenommen werden soll. Blicke das interregionale Nullsummenspiel auf Länder begrenzt, würden die in Frankfurt produzierten Bankdienstleistungen unrealistischerweise ausschließlich in Hessen gegengebucht, aber die Regel, daß die Summe der Kreisergebnisse das Landesergebnis ergibt, bliebe auch für die bereinigte Bruttowertschöpfung und – wenn man auch das für Kreise rechnen wollte – das Bruttoinlandsprodukt gewahrt.

### **Das Gegenbuchungsproblem in der regionalen Rechnung: Option Aufteilung nach Verwenden**

Es ist unmittelbar einsichtig, daß auch die andere im ESVG vorgesehene Option für die Gegenbuchung der unterstellten Bankgebühr in der Anwendung auf der regionalen Ebene höhere Komplexität und höhere Schwierigkeit bedeutet als auf der nationalen Ebene. Man müßte dann nicht mehr nur wissen, welcher Sektor und welcher Wirtschaftszweig, sondern auch welche Region die Bankdienste in welchem Umfang in Anspruch genommen hat. Insofern stellt die Option im ESVG 1995, die unterstellte Bankgebühr auf verwendende Sektoren und Wirtschaftszweige aufzuteilen, eine für die regionale Rechnung allenfalls mit modellhafter Schätzung zu erfüllende Anforderung dar. Die Auswirkung sei auch hier in Erweiterung des Rechenbeispiels im ESVG 1995 gezeigt, wobei allerdings auf die Ursprungsquelle, die Tabelle A.III.1 des SNA, zurückgegriffen werden muß. Das ESVG hat den Anhang über Bankdienstleistungen gegen unterstelltes Entgelt nicht in vollem Umfang aus dem SNA übernommen.

Schon daß die Präsentation dieses Rechenbeispiels als Zwei-Regionen-Modell zwei Seiten benötigt, zeigt sehr deutlich die hohe Komplexität, die entsteht, wenn auch noch die regionale Komponente hinzutritt. Dabei ist dieses Modell noch nicht einmal selbsterklärend, sondern bedarf einiger Erläuterungen:

Der Wert der von den Kreditinstituten erbrachten Dienstleistungen wird hier nicht mehr vollständig als Vorleistungen eines fiktiven Sektors gebucht, sondern wird den verschiedenen Kunden zugerechnet.

Außer nach den fünf im ESVG unterschiedenen Sektoren wird auch danach differenziert, ob es sich um Zinsen handelt, die die Bank zahlt, oder um Zinsen, die sie empfängt:

- Der Betrag der von den Kreditnehmern gezahlten Zinsen muß um die unterstellte Bankgebühr verringert werden, d. h. die tatsächlich gezahlten Zinsen werden gesplittet in FISIM einerseits und den entsprechend verminderten, als „Zinsen“ in der primären Einkommensverteilung gebuchten Restbetrag.
- Umgekehrt werden die Zinsen, die die Bank an ihre Einleger zahlt, um den geschätzten Wert FISIM erhöht, denn die Bank zahlt nicht nur die tatsächlichen Zinsen, sondern leistet den Einlegern darüber hinaus auch noch den Service, die aus dieser Kreditbeziehung erwachsenden Tätigkeiten abzuwickeln. Als „Zinsen“ wird in der primären Einkommensverteilung der sich zusammen ergebende Betrag gebucht.

In beiden Fällen wird der FISIM-Betrag selbst nicht als Zinszahlung, sondern als Dienstleistungsentgelt für die Mittlertätigkeit der Bank behandelt. Die unterstellte Bankgebühr kann Vorleistung, aber auch Teil des Konsums, der Exporte oder Importe sein. Der Einfachheit halber sind bankinterne Kreditbeziehungen im Modell ausgeklammert.

Das Modell wird in drei Tabellen präsentiert. Hinsichtlich der Regionalverteilung der Bankenaktivitäten gelten die Annahmen wie im vorherigen Abschnitt. Tabelle A zeigt die Auswirkungen von FISIM auf die inländischen Kreditbeziehungen. In der Vorspalte ist sie erstrangig nach Sektoren und zweitrangig nach den Regionen Süd und Nord gegliedert. Da nicht alle Wirtschaftssubjekte ihre Bank in derselben Region haben, bedarf es auch in den Spalten einer Aufgliederung der involvierten Banken nach Süd und Nord. Am Ende der Tabelle steht das Ergebnis der interregionalen Verschränkung: Die Bankenregion Süd erbringt Bankdienstleistungen im Wert von insgesamt 33 Geldeinheiten, wovon aber 18 von Sektoren in Nord in Anspruch genommen werden. Insgesamt kommen den Sektoren in Nord 26 Einheiten zugute. Die Differenz aus geleisteten (33 Einheiten) abzüglich in Anspruch genommener Bankdienstleistungen (18) ist für Süd 15 Einheiten. Da es sich bei den inländischen Kreditbeziehungen um ein regionales Nullsummenspiel handelt, gilt für Nord derselbe Saldo mit umgekehrtem Vorzeichen, d. h. die in Anspruch genommenen (26) überwiegen die erzeugten (11) Bankdienstleistungen um ebenfalls 15 Einheiten.

Tabelle B des Modells stellt die Kreditbeziehungen mit dem Ausland dar. Soweit daran heimische Kreditinstitute beteiligt sind, wird die auf Auslands-geschäfte entfallende unterstellte Bankgebühr als Ex-

**Modell einer Zurechnung der unterstellten Bankgebühr (FISIM)  
auf verwendende Sektoren in Geldeinheiten**

– Erweiterung von Tab. A.III.1 im SNA 1993 für die regionale VGR –

**A. Inländische Kreditbeziehungen**

Sektor	Involvierte Bank in		Zusammen
	Süd	Nord	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Süd ...			
... leisten tatsächliche Zinsen	25	5	30
darauf entfallende FISIM	3	1	4
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	22	4	26
... empfangen tatsächliche Zinsen	9	1	10
darauf berechnete FISIM	3	0	3
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	12	1	13
FISIM zusammen	6	1	7
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Nord ...			
... leisten tatsächliche Zinsen	25	11	36
darauf entfallende FISIM	4	2	6
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	21	9	30
... empfangen tatsächliche Zinsen	9	3	12
darauf berechnete FISIM	3	2	5
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	12	5	17
FISIM zusammen	7	4	11
FISIM nichtfinanzielle Kapitalgesellsch. insgesamt	13	5	18
Private Haushalte in Süd ...			
... leisten tatsächliche Zinsen	6	1	7
darauf entfallende FISIM	1	0	1
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	5	1	6
... empfangen tatsächliche Zinsen	10	4	14
darauf berechnete FISIM	5	2	7
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	15	6	21
FISIM zusammen	6	2	8
Private Haushalte in Nord ...			
... leisten tatsächliche Zinsen	7	3	10
darauf entfallende FISIM	2	0	2
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	5	3	8
... empfangen tatsächliche Zinsen	15	4	19
darauf berechnete FISIM	7	2	9
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	22	6	28
FISIM zusammen	9	2	11
FISIM private Haushalte insgesamt	15	4	19
Private Organisationen ohne Erwerbszweck in Süd			
... leisten tatsächliche Zinsen	2	0	2
darauf entfallende FISIM	0	0	0
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	2	0	2
... empfangen tatsächliche Zinsen	2	0	2
darauf berechnete FISIM	1	0	1
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	3	0	3
FISIM zusammen	1	0	1
Private Organisationen ohne Erwerbszweck in Nord			
... leisten tatsächliche Zinsen	2	3	5
darauf entfallende FISIM	0	1	1
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	2	2	4
... empfangen tatsächliche Zinsen	2	1	3
darauf berechnete FISIM	1	0	1
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	3	1	4
FISIM zusammen	1	1	2
FISIM private Org. ohne Erwerbszweck insgesamt	2	1	3

noch: **Modell einer Zurechnung der unterstellten Bankgebühr (FISIM)**  
**auf verwendende Sektoren in Geldeinheiten**  
– Erweiterung von Tab. A.III.1 im SNA 1993 für die regionale VGR –

noch: **A. Inländische Kreditbeziehungen**

Sektor	Involvierte Bank in		Zusammen
	Süd	Nord	
Staat in Süd			
... leistet tatsächliche Zinsen	9	3	12
darauf entfallende FISIM	1	0	1
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	8	3	11
... empfängt tatsächliche Zinsen	5	2	7
darauf berechnete FISIM	1	0	1
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	6	2	8
FISIM zusammen	2	0	2
Staat in Nord			
... leistet tatsächliche Zinsen	4	6	10
darauf entfallende FISIM	0	1	1
tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	4	5	9
... empfängt tatsächliche Zinsen	3	2	5
darauf berechnete FISIM	1	0	1
tatsächlich empfangene Zinsen plus FISIM	4	2	6
FISIM zusammen	1	1	2
FISIM Staat insgesamt	3	1	4
<i>FISIM-Belastung aller Sektoren</i>	<i>33</i>	<i>11</i>	<i>44</i>
<i>davon Sektoren in Süd</i>	<i>15</i>	<i>3</i>	<i>18</i>
<i>in Nord</i>	<i>18</i>	<i>8</i>	<i>26</i>

**B. Kreditbeziehungen mit dem Ausland („übrige Welt“)**

	Süd	Nord	Zusammen
Finanzielle Kapitalgesellschaften ...			
... empfangen tatsächliche Zinsen aus der übr. Welt	4	9	13
darauf berechnete FISIM	1	2	3
tatsächlich empfangene Zinsen abzüglich FISIM	3	7	10
... leisten tatsächliche Zinsen an die übrige Welt.	1	4	5
darauf entfallende FISIM	0	1	1
tatsächlich geleistete Zinsen zuzüglich FISIM	1	5	6
FISIM zusammen (Export)	1	3	4
Staat leistet tatsächliche Zinsen an die übrige Welt	13	4	17
Darauf entfallende FISIM (Import)	2	0	2
Tatsächlich geleistete Zinsen abzüglich FISIM	11	4	15

**C. Zusammenfassung**

FISIM als ...	Süd	Nord	Zusammen
Produktionswert der Kreditinstitute (Aufkommen FISIM)	34	14	48
Vorleistungen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft.	7	11	18
Vorleistungen des Staates	4	2	6
Vorleistungen der privaten Organis. o. Erwerbszweck	1	2	3
Privater Verbrauch	8	11	19
Exporte ins Ausland	1	3	4
abzüglich Importe aus dem Ausland	2	0	2
Verwendung FISIM insgesamt	19	29	48
<i>Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt</i>	<i>27</i>	<i>3</i>	<i>30</i>
<i>- letzte inländische Verwendung</i>	<i>13</i>	<i>15</i>	<i>28</i>
<i>= Regionalsaldo FISIM (Aufkommen minus inländ. Verwendung)</i>	<i>14</i>	<i>- 12</i>	<i>2</i>
<i>- Exporte ins Ausland abzüglich Importe aus dem Ausland</i>	<i>- 1</i>	<i>3</i>	<i>2</i>
<i>= Regionalsaldo FISIM (Aufkommen minus gesamte Verwendung)</i>	<i>15</i>	<i>- 15</i>	<i>x</i>

port betrachtet, auch wenn physisch gesehen die Dienstleistung auf inländischem Boden stattfindet. Im Rahmen ihrer Kreditbeziehungen mit dem Ausland erzeugen die inländischen Banken Dienstleistungen im Werte von vier Geldeinheiten. Dem steht ein Import von zwei Einheiten gegenüber für Bankdienstleistungen, die der Staat bei ausländischen Banken unterstelltermaßen in Anspruch nehmen muß, um auf seine Auslandsschulden Zinsen zu zahlen.

Die Verteilung der geleisteten Zinsen des Staates und der darauf entfallenden FISIM auf die Regionen Süd und Nord in Tabelle A und B ist im Modell einfach, in der Realität stößt das nicht nur auf empirische, sondern auch auf kaum zu überwindende konzeptionelle Probleme. Soweit nämlich die zinsenzahlende Gebietskörperschaft – wie in Deutschland etwa der Bund – nur regionsübergreifend faßbar ist, stellt sich die Frage, ob die Zinsen der Region der Hauptstadt, der Region des fiscal agent oder irgendwie pauschal zugeordnet werden sollen. Da es sich bei der unterstellten Bankgebühr auf Zinszahlungen des Staates um dessen Vorleistungen handelt, die ungekürzt in den Produktionswert des Staates eingehen, stellt sich obendrein die Frage nach der Regionalisierung des daraus resultierenden Staatsverbrauchs. Es wäre jedenfalls analytisch völlig unbefriedigend, die FISIM auf Zinstransaktionen des Bundes ungeteilt der Region Bonn oder Berlins zuzuordnen. Denkbar ist allenfalls eine pauschale Schlüsselung etwa nach der Wohnbevölkerung.<sup>20</sup>

Die Tabelle C zeigt die zusammengefaßten Ergebnisse des Modellbeispiels. Als Aufkommen FISIM stehen insgesamt 50 Geldeinheiten zu Buche, davon 44 aus inländischen Kreditbeziehungen, vier aus Aktivitäten der heimischen Kreditinstitute im Auslandsgeschäft und zwei aus Importen von Dienstleistungen gebietsfremder Banken. Diese Bankdienstleistungen werden in Höhe von 18 von inländischen nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften als Vorleistungen verbraucht, sie erhöhen nicht das Bruttoinlandsprodukt. Soweit aber die FISIM auf Vorleistungen der anderen Sektoren, auf den privaten Verbrauch oder auf Exporte (abzüglich Importe) entfallen, erhöht sich im entsprechenden Umfang das BIP. Im Falle der Nichtmarktproduzenten, also im Falle des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, geht mit der Erhöhung der Vorleistungen auch eine Erhöhung des Produktionswertes einher, da der Output dieser Einheiten in Ermangelung von Marktpreisen über die Inputs, also über Wertschöpfung plus Vor-

leistungen, ermittelt wird. Im Falle der FISIM zugunsten privater Haushalte ist im Modell der Einfachheit halber unterstellt, daß kein privater Haushalt unternehmerisch tätig ist, FISIM also voll auf den privaten Verbrauch durchschlägt. In der empirischen Realität werden ab der Revision, wie im neuen ESVG vorgesehen, auch private Haushalte in Form von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit FISIM als Vorleistungen zugeordnet bekommen können.

Das Artefakt FISIM erhöht also das nationale BIP um 30 Einheiten, d. h. von den 50 Einheiten des Aufkommens sind zwei importiert, und 18 werden als Vorleistungen „kompensiert“. Die Verwendung dieser 30 Einheiten verteilt sich auf Letztverwendung beim Staat (6) und bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (3), auf den privaten Verbrauch (19) und auf Exporte minus Importe (2).

Die Gleichheit von Aufkommen an FISIM und seiner Verwendung gilt nur auf der nationalen Ebene. Sie gilt nicht für die Regionen Süd und Nord. In Süd entsteht durch die Bankenaktivität ein aus unterstellter Bankgebühr ausgelöster Beitrag zum Inlandsprodukt von 27 Geldeinheiten (34 abzüglich jener 7 Einheiten, die nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Süd als Vorleistungen verbrauchen). Diesen 27 Einheiten, die – wo auch immer – in die letzte Verwendung eingehen, stehen 13 der letzten inländischen Verwendung in Süd gegenüber. Die Differenz von 14 Einheiten ließe sich als Regionalsaldo FISIM der Region Süd bezeichnen, denn in dieser Höhe fließen (per Saldo) Bankdienstleistungen in die Region Nord und ins Ausland. Der Wert entspricht nicht (mit umgekehrtem Vorzeichen) exakt dem Wert der Region Nord (- 12), weil sich die Kreditbeziehungen mit dem Ausland in den beiden Regionen unterschiedlich niederschlagen. In Nord wiegt der negative Regionalsaldo FISIM den Effekt der unterstellten Bankgebühr von 15 Geldeinheiten, um die die letzte inländische Verwendung eine höhere Bewertung erfährt, weitgehend auf. Das BIP Nord fällt also nur um drei Geldeinheiten höher aus als ohne jeglichen FISIM-Effekt.

Zieht man vom Beitrag der Region zum Inlandsprodukt nicht nur die letzte inländische, sondern auch die ausländische Verwendung (Nettoexporte ins Ausland) ab, dann ergibt sich als Regionalsaldo FISIM derselbe Wert, der schon für die Tabelle A für die internationalen Kreditbeziehungen festgestellt worden war, nämlich + 15 für Süd und - 15 für Nord.

## Fazit

Die „unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen“ traten dem Leser von Veröffentlichungen und Analysen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen bisher vorwiegend in Fußnotentexten entgegen. Für die re-

<sup>20</sup> Zur Regionalisierung der Zinsen des Staates und des Staatsverbrauchs siehe B. Struck, Regionalisierung zentralstaatlicher Einnahmen und Ausgaben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: U.-P. Reich et al., Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 1, Raum und Grenzen, S. 237 ff.

gionale Rechnung hat die Behandlung dieses Aggregats schon jetzt Auswirkung auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts für die Bundesländer. Wenn ab dem Jahre 2003 die FISIM auf verwendende Sektoren aufgeteilt wird, gilt das auch für die nationale Ebene, und die regionale Rechnung wird in erheblichem Maße konzeptionelle Fragen zu lösen haben. Eine Aufteilung der FISIM auf verwendende Sektoren wird dann wie in einem Brennglas viele der Probleme regionaler Rechnungen auf sich fokussieren. Außer der jetzt schon anstehenden Problematik der Wertschöpfungsberechnung für länderübergreifend tätige Finanzintermediäre und insbesondere für die Bundesbank stehen auch die Fragen an, welcher Region die Zinszahlungen des Staates zuzurechnen sind, wohin der aus FISIM resultierende Kollektivverbrauch des Staates gehört oder wohin im Falle von Bankkunden, die Mehrländerunternehmen oder überregional tätige private Organisationen ohne Erwerbszweck sind, die FISIM-Vorleistung zu buchen ist, um nur einiges zu nennen. Abgesehen von diesen rein konzeptionellen Schwierigkeiten gibt es natürlich auch immense empirische Probleme, eine solche Rechnung mit verlässlichen Zahlen zu füllen.

Was hier auf immerhin einigen Seiten dargelegt worden ist, beschreibt noch nicht einmal erschöpfend alle Probleme, die die Regionalrechnung mit der Wertschöpfung der Kreditinstitute hat. Überhaupt nicht

detailliert angesprochen ist die besondere Rolle der Zentralbanken: Welche Region Deutschlands darf sich zu welchem Anteil die meist hohe Wertschöpfung und welche den meist beträchtlichen Gewinn der Bundesbank anrechnen lassen? Der Hinweis darauf, daß das Thema – von der nur knapp angerissenen Dogmengeschichte ohnehin abgesehen – hier keineswegs erschöpfend dargestellt werden konnte, muß aber auch ergänzt werden um den Verweis auf Wirtschaftsbereiche, in denen ebenfalls Intermediäre tätig sind und in denen die Regeln für die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht ohne weiteres auf die regionale Rechnung übertragbar sind.

Zu nennen sind hier vor allem die Versicherungen. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie weniger als die Kreditinstitute in die Fläche hinein mit Betrieben vertreten sind, sondern sich für die Acquisition und Kundenbetreuung vorwiegend rechtlich und wirtschaftlich selbständiger Versicherungsagenturen bedienen. Es ist hier nicht der Ort, auf die für Versicherungen geltenden, besonderen Regeln des ESVG einzugehen. Angedeutet sei lediglich, daß unter regionalem Aspekt auch weiterhin sicherzustellen ist, daß die Wertschöpfung nicht nur der Kreditinstitute, sondern auch die der Versicherungsunternehmen jenen Regionen zugerechnet wird, in denen – sei es in der Hauptverwaltung oder in Zweigniederlassungen – die Mittlertätigkeit wahrnehmbar ausgeübt wird.

Bernd Struck

## ***Estnische und ungarische Gäste im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein***

In den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) setzten mit dem politischen Umbruch zu Beginn dieses Jahrzehnts weitreichende gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen ein. Seitdem unterstützen die Institutionen der Europäischen Union (EU) und die EU-Mitgliedsländer selbst über vielfältige bilaterale und multinationale Unterstützungsprogramme den Übergang zur Demokratie und Marktwirtschaft in diesen Ländern. Zahlreiche MOE-Länder streben den Beitritt in die EU an, fünf von ihnen haben inzwischen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Kommission aufgenommen. Bis sie jedoch Mitglied der EU werden können, müssen sie sich in vielen Bereichen den EU-Ländern anpassen, so auch in der Statistik. Es sind leistungsfähige Verwaltungsstrukturen aufzubauen, technische Einrichtungen für eine effiziente Datenverarbeitung zu schaffen und statistische Systeme hinsichtlich Verfahren, Normen und Nomenklatur anzugleichen. Neben dem Statistischen Amt der EU (EUROSTAT) sind auf Mitgliederebene vorrangig die nationalen statistischen Ämter, von deutscher Seite über das Statistische Bundesamt hinaus die statistischen Ämter der Länder sowie auch unterschiedliche Institute kooperativ tätig. Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein wirkte dabei sowohl an Multiplikatorenkursen mit, die vom Statistischen Bundesamt für die Nachfolgeländer der früheren Sowjetunion (GUS-Staaten) veranstaltet wurden, als auch an bilateralen Fortbildungsprogrammen, die im Rahmen von Kooperationsabkommen des Landes Schleswig-Holstein mit einzelnen MOE-Ländern durchgeführt wurden. Entsprechend seiner Fachausschußzuständigkeit in der amtlichen Statistik konzentrierte sich die Hilfe des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein im wesentlichen auf die Agrarstatistik.

Am 1. April 1998 fand in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes ein „Workshop über Fragen der Zusammenarbeit mit Staaten Mittel- und Osteuropas“ statt, um Informationen und Erfahrungen zwischen dem Statistischen Bundesamt, den statistischen Ämtern der Länder und den Statistikämtern der Städte auszutauschen sowie das künftige Vorgehen zu koordinieren. Von schleswig-holsteinischer Seite wurde über die Studienaufenthalte der Referenten für Agrarstatistik aus dem estnischen und ungarischen Landwirtschaftsministerium in Schleswig-Holstein und über die mit ihnen geführten Informationsgespräche zur Situation der Agrarstatistik in Deutschland, insbesondere über die praktische Durchführung von agrar-

statistischen Erhebungen in den Bundesländern berichtet.

Schleswig-Holstein pflegt aufgrund seiner geographischen Lage traditionell enge Kontakte zu den Ostseeanrainer-Staaten, die nach Öffnung des früheren Ostblocks ausgeweitet wurden. Besonders intensiv haben sich dabei die Beziehungen zu der Republik Estland entwickelt. Zwischen dem Landwirtschaftsministerium des Bundeslandes Schleswig-Holstein und dem der Republik Estland wurde frühzeitig eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit abgegeben, die zunächst für den Zeitraum 1991 bis 1996 galt und inzwischen bis zum Jahr 2000 verlängert worden ist. Diese Zusammenarbeit soll vorrangig die Aus- und Weiterbildung sowie den Austausch von landwirtschaftlichen Fachkräften fördern. Dazu zählte auch der Wunsch des estnischen Landwirtschaftsministeriums, seiner für Wirtschaftsanalysen und Agrarstatistik zuständigen Referentin die Gelegenheiten zu bieten, das Aufgabengebiet der deutschen Agrarstatistik in den verschiedenen landwirtschaftlichen Dienststellen Schleswig-Holsteins vor Ort kennenzulernen. Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein hat daraufhin eine Hospitation im Oktober 1996 in folgenden Institutionen organisiert, vermittelt und betreut:

- Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Räume, Statistikreferat
- Buchführungsverband Schleswig-Holstein einschl. Agrardaten GmbH
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Agrarstatistikdezernate
- Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Abteilung Betriebswirtschaft und Beratung

Seit 1989 wurden im Rahmen des Transform-Programms der Bundesregierung Fördermaßnahmen für Fach- und Führungskräfte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern auch von den Wirtschaftsministerien der Bundesländer durchgeführt. Vermittelt durch das ungarische Handelsbüro hielt sich auf Einladung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums eine ungarische Gruppe von Fach- und Führungskräften der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft zeitgleich zu dem Besuch der estnischen Referentin im Lande auf. Betreut wurde die ungarische Delegation durch die Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft e. V. mit seinem Ausbildungszentrum Tannenfelde in



Aukrug/Mittelholstein. Mitglied dieser Delegation war der u. a. für Agrarstatistik und Ausbau des Informationssystems zuständige Referent aus der Abteilung Ökonomie und ländliche Entwicklung des ungarischen Landwirtschaftsministeriums. Es war sein Wunsch, neben dem Besuch der Ministerien für Landwirtschaft, Wirtschaft sowie für Bundes- und EU-Angelegenheiten auch die Landwirtschaftskammer und das Statistische Landesamt zu besuchen. Aufgrund gewisser föderaler Strukturen im Staatswesen Ungarns interessierte ihn die Datenerhebung in den deutschen Bundesländern einschließlich der dafür maßgebenden Rechtsgrundlagen, hierbei besonders ihre Einbindung in das statistische System des Bundes und der EU sowie die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

Sowohl die Hospitantin aus Tallin als auch der Hospitant aus Budapest verfügten über gleich gute sprachliche Deutschkenntnisse. Weil sich aber ihre persönlichen Erwartungen unterschieden sowie die wirtschaftlichen Entwicklungen und Voraussetzungen beider Staaten voneinander abweichten, wurde es als vorteilhaft angesehen, das gleiche Programm in derselben Woche beiden Gästen getrennt, und zwar abschnittsweise wechselnd, anzubieten. An drei Tagen wurden folgende Bereiche der Agrarstatistik in acht Blöcken erläutert und diskutiert:

- I. Allgemeine Einführung und Erläuterungen über
  - Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, EUROSTAT und deren Verbindungen zueinander,
  - Landes-, Bundes-, EU-Gesetzgebung und
  - Zusammenarbeit mit kommunalen Erhebungsstellen.
- II. Produktionsstatistiken, und zwar
  - Bodennutzungshaupterhebung,
  - Viehzählungen,
  - Tierische Produktion und
  - Ernteermittlungen.
- III. Agrarstrukturerhebungen, und zwar
  - Betriebsgrößen,
  - Arbeitskräfte,
  - Agrarberichterstattung und
  - Landwirtschaftszählung.
- IV. Gartenbauerhebungen, und zwar
  - Gemüse- und Zierpflanzenbau,
  - Obstanbau und
  - Baumschulerhebung.
- V. Sonstige Agrarstatistiken, und zwar
  - Gebietsflächen, Flächenerhebungen und
  - Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke.
- VI. Betriebsregister Landwirtschaft als zentrales Steuerungsinstrument für die agrarstatistischen Erhebungen.

#### VII. On-Line-Aufbereitung von Agrarstatistiken, und zwar

- Dialogprogramme für die Gartenbaustatistiken sowie
- Dialogprogramm AGRA für die gemeinsame betriebsbezogene Aufbereitung von Viehzählung, Bodennutzung und Agrarstruktur.

#### VIII. Abschließende Aspekte

- Übergabe der Landesergebnisse an das Statistische Bundesamt und Weiterleitung an EUROSTAT,
- Veröffentlichung von Landesergebnissen und Auskunftstätigkeit und
- Zusammenarbeit mit dem Fachministerium und anderen Institutionen des Landes wie zum Beispiel Landwirtschaftskammer, Buchführungsverband, Universität.

Für die Vermittlung der Agrarstatistik in Schleswig-Holstein und deren Einbindung in den bundesdeutschen und EU-Rahmen war von besonderem Vorteil, daß die Gesprächspartner im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein mit den Verfahrensweisen und Verwaltungsstrukturen des statistischen Dienstes in den früheren Ostblockstaaten sowie mit den nach der politischen Wende abgelaufenen Entwicklungen und sie unterstützenden PHARE-Programmen der EU vertraut sind. Diese detaillierten Kenntnisse haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein durch die Nachbarschaftshilfe für das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern sowie durch den mit dem Statistischen Bundesamt gemeinsam organisierten Neuaufbau der Agrarstatistiken in den neuen Bundesländern erworben. Weiteres Fachwissen vermittelten die Lehrtätigkeit in Seminaren des Statistischen Bundesamtes für die GUS-Staaten, die Teilnahme als Fachausschußland an Sitzungen des Agrarstatistischen Ausschusses bei EUROSTAT in Luxemburg und seiner Arbeitsgruppen und schließlich die Teilnahme des Amtsleiters in der „Ratsarbeitsgruppe Agrarstatistik“ in Brüssel als vom Bundesrat benanntes Mitglied.

Die hiesige Agrarstatistik, ihre Methoden, ihre Erhebungswege, ihr Aufwand und ihre Aussagefähigkeit lassen sich Hospitantinnen und Hospitanten aus den MOE-Ländern nur vermitteln, wenn sich die Betreuer auch in die Verhältnisse des früheren sozialistischen Systems hineinversetzen können. Mit dessen Zusammenbruch endete die mit der Planwirtschaft verbundene Totalerfassung der Produktion in den vorherrschenden Staatsbetrieben und Produktionsgenossenschaften sowie privaten Hauswirtschaften; bis dahin waren die betrieblichen Strukturen festgelegt. Mit der Gründung einer Vielzahl kleinerer landwirtschaftlicher Familienbetriebe standen und stehen die MOE-Länder vor einer umwälzenden Umgestaltung

ihrer Agrarstatistiken. Neben der statistischen Feststellung der Produktion sind nun auch die sich verändernden betrieblichen Strukturen zu erfassen.

Für die Hospitantin aus Estland galt es zunächst, die statistischen Informationsquellen wie Geschäftsstatistiken des Fachministeriums, Testbetriebsnetz, Betriebsbuchführung, Beratungsergebnisse und agrarstatistische Primärerhebungen kennenzulernen und dann zu erfahren, wie dieses Datenmaterial für die Beratungs-, Verwaltungs- sowie für die politische Arbeit genutzt werden kann. Einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschaftsressorts als den Hauptnutzern agrarstatistischer Daten und den statistischen Diensten der Länder kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Der Hospitant aus Ungarn hatte bereits Erfahrungen im Statistischen Bundesamt sowie in anderen statistischen Ämtern der Länder sammeln können, so daß für ihn auch Fragen, die im Hinblick auf den zu erwartenden Beitritt Ungarns zur EU bestanden, von besonderem Interesse waren.

Bei einem jeweils auf drei Tage begrenzten Hospitationszeitraum konnte lediglich ein grober Überblick der angesprochenen Themen vermittelt und nur der eine oder andere Aspekt vertieft werden. Deshalb wurde den Gästen umfangreiches Informationsmaterial mitgegeben, und zwar

- Texte der gesetzlichen Grundlagen wie Landesstatistikgesetz, Agrarstatistik-Verordnung von Schleswig-Holstein, Bundesstatistikgesetz, Agrarstatistikgesetz, EU-Verordnungen, -Richtlinien und -Entscheidungen zur pflanzlichen und tierischen Erzeugung sowie zur Struktur landwirtschaftliche Betriebe,
- Erhebungsvordrucke und Erhebungsunterlagen zur Information und Erläuterung für auskunftspflichtige Betriebsinhaber und kommunale Erhebungsstellen und
- agrarstatistische Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein.

Rückmeldungen der organisierenden Institutionen und der beiden Gäste lassen darauf schließen, daß die Informationswünsche wohl angemessen erfüllt werden konnten. Nachträgliche Rückfragen bestätigen aber auch einen noch weiterreichenden Unterstützungsbedarf, vor allem unter der drängenden Entwicklung hin zum EU-Beitritt. Ein auf ungarischen Wunsch von einem deutschen privaten Institut an das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein herangetragenes Angebot für einen kurzfristigen Projekteinsatz in Ungarn konnte der zuständige Dezernent jedoch zeit- und arbeitsbedingt nicht übernehmen. Demgegenüber wird ein Informationsaustausch zwischen den beiden statistischen Ämtern Estlands und Schleswig-Holsteins erwogen.

*Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt*

## Trend steigender Schülerzahlen etwas abgeschwächt

Nach dem amtlichen Ergebnis der Schulstatistik werden die öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen – ohne Vorklassen und Schulkindergärten – im laufenden Schuljahr 1998/99 von 320 019 Schülerinnen und Schülern besucht. Dies sind 2,1 % Kinder und Jugendliche mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Damit hält der Trend steigender Schülerzahlen seit dem Schuljahr 1989/90 an, dem Jahr mit der geringsten Schülerzahl seit der Währungsreform 1948. Allerdings hat sich die Zuwachsrate gegenüber dem Schuljahr 1997/98 (+ 2,8 %) etwas abgeschwächt.

Vorklassen werden in diesem Schuljahr nicht mehr angeboten. Lediglich 1 810 schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder besuchen einen Schulkindergarten. Im Vorjahr gingen noch 2 043 Kinder in Vorklassen und 2 095 Kinder in einen Schulkindergarten.

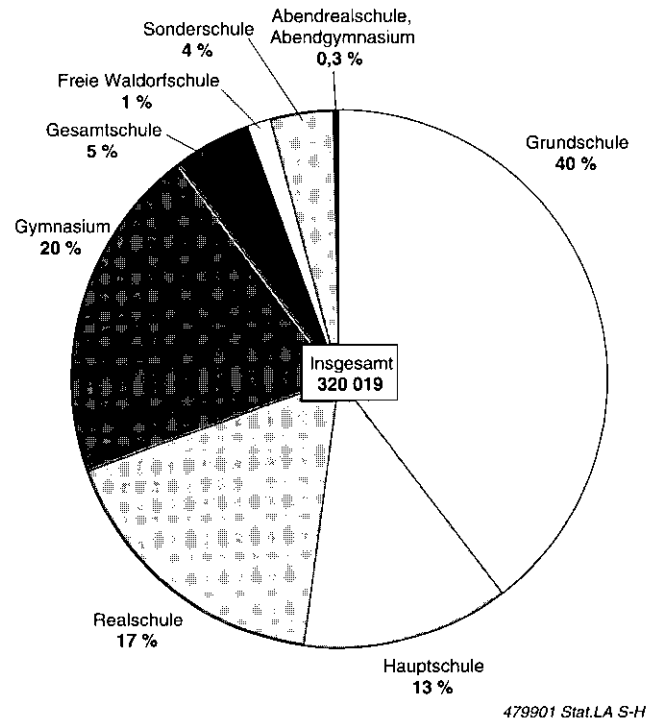
In den Grundschulen wurde mit 126 680 eine gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % höhere Schülerzahl registriert. Jedoch ist auch diese Zuwachsrate gegenüber der des Vorjahres (+ 3,9 %) deutlich moderater ausgefallen. Dies resultiert aus geringeren Neuzugängen in die erste Klassenstufe. Wurden für das Schuljahr 1997/98 gegenüber dem Vorjahr noch 4,5 % mehr Erstklässler in die Grundschulen aufgenommen, waren es für das laufende Schuljahr 1,7 % weniger. Damit ist die Zahl der Einschulungen erstmals seit 1990 zurückgegangen. Die Zahl der Klassen in den Grundschulen wurde um 77 auf 5 839 ausgeweitet, in denen im Durchschnitt 21,7 Kinder lernen. Von den 126 680 Kindern in Grundschulen haben 7 511 eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit (5,9 %).

40 135 Schülerinnen und Schüler besuchen eine Hauptschule, das sind 1,3 % mehr als im vergangenen Schuljahr. Die Hauptschule ist die Schulart in der der Anteil nichtdeutscher Jugendlicher mit 9,2 % am größten ist. Die Klassenfrequenz beträgt hier 20,0.

In Realschulen lernen 55 550 Schülerinnen und Schüler, 3,3 % mehr als im Schuljahr 1997/98. Die Zahl der Klassen stieg um 2,3 % auf 2 444. Die Klassenfrequenz ist mit 22,7 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Die Gymnasien des Landes werden im Schuljahr 1998/99 von 64 916 Lernenden besucht, das sind 2,2 % mehr als 1997/98. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen – darunter eine des dänischen Schulvereins – stieg um 4,7 % auf 12 473, 2 533 Jugendliche besuchen eine koope-

**Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1998/99 nach der Schulart**



rativen Gesamtschule. Die in freier Trägerschaft organisierten Freien Waldorfschulen werden von 4 510 Kindern und Jugendlichen besucht und damit von 2,8 % mehr als im Vorjahr.

In den Sonderschulen werden 12 130 Schülerinnen und Schüler in 1 249 Klassen unterrichtet, das sind im Durchschnitt knapp 10 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse. Der Anteil der Nichtdeutschen ist mit 8,5 % relativ hoch.

In den Abendrealschulen nutzen 645 und in den Abendgymnasien 447 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, einen noch nicht erlangten Schulabschluß zu erwerben.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

STATISTISCHE  
MONATSHEFTE  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

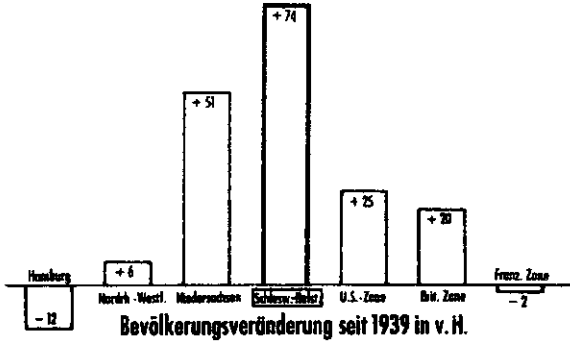
Januar 1949

1. Jahrgang



INHALT

	Seite		Seite
Vorbemerkung . . . . .	1	Erste Ergebnisse der Schulstatistik 1948 . . . . .	15
Das Aufkommen an Reichsteuern im Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und anderen Ländern . . . . .	2	Die Witterung in Schleswig-Holstein im Dezember 1948 . .	18
Die Wanderungsbewegung in Schleswig-Holstein in den Monaten Juni bis Oktober 1948	10	Übersicht über den Inhalt der bisherigen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts .	19
Statistische Monatszahlen . . .	21		



Herausgegeben vom  
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

## 50 Jahre Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Anfang 1997 feierte das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein sein 50jähriges Bestehen: Am 20. Januar 1947 erteilte das Ministerium des Innern dem Statistischen Amt das Recht, die offizielle Amtsbezeichnung „Statistisches Landesamt“ zu führen. Auf den Tag genau erschien zwei Jahre nach dem Namenstag das erste „Statistische Monatsheft Schleswig-Holstein“. Datiert mit dem 20. Januar 1949 stellte der damalige Direktor des Statistischen Landesamtes in einem Vorwort der Leserschaft das neue Periodikum als weitere Stufe im Aufbau des Amtes vor.

Schon seit dem 1. April 1946 wurden Ergebnisse der amtlichen Statistik veröffentlicht, und zwar in den „Mitteilungen“ des Statistischen Amtes Schleswig-Holstein in Form von Beilagen zum Amtsbatt der Landesregierung. Da zu dieser Zeit nicht alle Statistiken frei publiziert werden durften, erstellte das Statistische Amt für den Dienstgebrauch neben den „Mitteilungen“ sogenannte „Berichte“ als zusätzliche Arbeitsunterlage. Nach dem Wegfall der einschränkenden Veröffentlichungsrichtlinien, vor allem aber durch den zügigen Auf- und Ausbau der Organisation des Landesamtes, gestaltete sich die Statistikproduktion immer umfangreicher und regelmäßiger, so daß es bald nicht mehr möglich war, die statistischen Ergebnisse ausschließlich in Beilagen zum Amtsblatt konzentriert zu veröffentlichen. Somit ergab sich die Notwendigkeit einer zusätzlichen Veröffentlichungsform. Während „Berichte“ und „Mitteilungen“ in zwangslosen Folgen erschienen, schuf sich das Amt mit der Reihe „Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein“ eine in festen, und zwar in monatlichen Abständen erscheinende Publikation. In diesen Heften sollten in Aufsätzen und mit Hilfe von Tabellen und Grafiken Situationen und Entwicklungen in Schleswig-Holstein dargestellt sowie Hinweise auf die jeweiligen Probleme und ihre möglichen Ursachen aufgezeigt werden. Grundsätzlich gelten diese vom damaligen Amtsleiter im ersten Monatsheft formulierten Anforderungen an statistische Auswertungen immer noch.

Die Themen der Aufsätze in der ersten Ausgabe des Statistischen Monatsheftes können auch heute Gegenstand statistischer Abhandlungen sein. Sie lauteten:

- Das Aufkommen an Reichssteuern im Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und anderen Ländern,
- Die Wanderungsbewegung in Schleswig-Holstein in den Monaten Juni bis Oktober 1948 und
- Erste Ergebnisse der Schulstatistik 1948.

Andererseits hatte sich der Statistiker damals mit Themen zu befassen, die die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit bestimmten. Beispiele hierfür sind:

- Flüchtlinge und Evakuierte in Schleswig-Holstein,
- Die Bevölkerungsverluste Schleswig-Holsteins durch den 2. Weltkrieg

sowie die monatliche, tabellarische Berichterstattung über die

- Empfänger von Lebensmittelkarten nach Verbraucher- und Altersgruppen.

Wie problemorientiert schon damals die amtliche Statistik ausgerichtet war, läßt sich ebenfalls anhand des ersten Statistischen Monatsheftes aufzeigen. Jeden Monat wurde die Rubrik „Die Witterung in Schleswig-Holstein im Monat ...“ veröffentlicht, die nicht nur über Lufttemperatur, Niederschlagsmengen und Sonnenschein in Stunden informierte, sondern auch zeitnah den Zusammenhang zwischen Wetter und landwirtschaftlicher Produktion nachwies. Unmittelbar nach dem Krieg waren die Probleme Schleswig-Holsteins – wie überall in Deutschland – durch den Zustrom von Menschen, Wohnungsnot und Hunger geprägt. Daher bedurfte es vorrangig Zahlen als sichere Steuerungsinformationen für Entscheidungen, die halfen, den herrschenden Mangel optimal zu verwalten und schließlich zu beseitigen.

Die amtliche Statistik mußte zur damaligen Zeit unter äußerst knappen personellen und einfachsten materiellen Bedingungen durchgeführt werden. Umso bemerkenswerter der schon seinerzeit hohe Standard der Statistikproduktion. Nimmt man die archivierte Erstausgabe der Statistischen Monatshefte zur Hand, wird diese Wertschätzung durch die auch nach 50 Jahren ungetrübte Druckqualität bestätigt. Zwar fehlten dem Amt in seinen Gründungsjahren modernes technisches Gerät, dagegen gehörten bereits damals kundenfreundlicher Service und der Dialog mit dem Statistiknutzer zum selbstverständlichen Leitbild dieses Dienstleistungsbetriebes. Das belegen die Schlußbemerkungen des Direktors des Landesamtes in seinem Vorwort zum Statistischen Monatsheft vom 20. Januar 1949: „Im Interesse einer lebendigen Gestaltung der Zeitschrift werden Stellungnahmen und Anregungen aus dem Leserkreis sowie Beiträge außerhalb dieses Amtes stehender Statistiker stets begrüßt werden.“

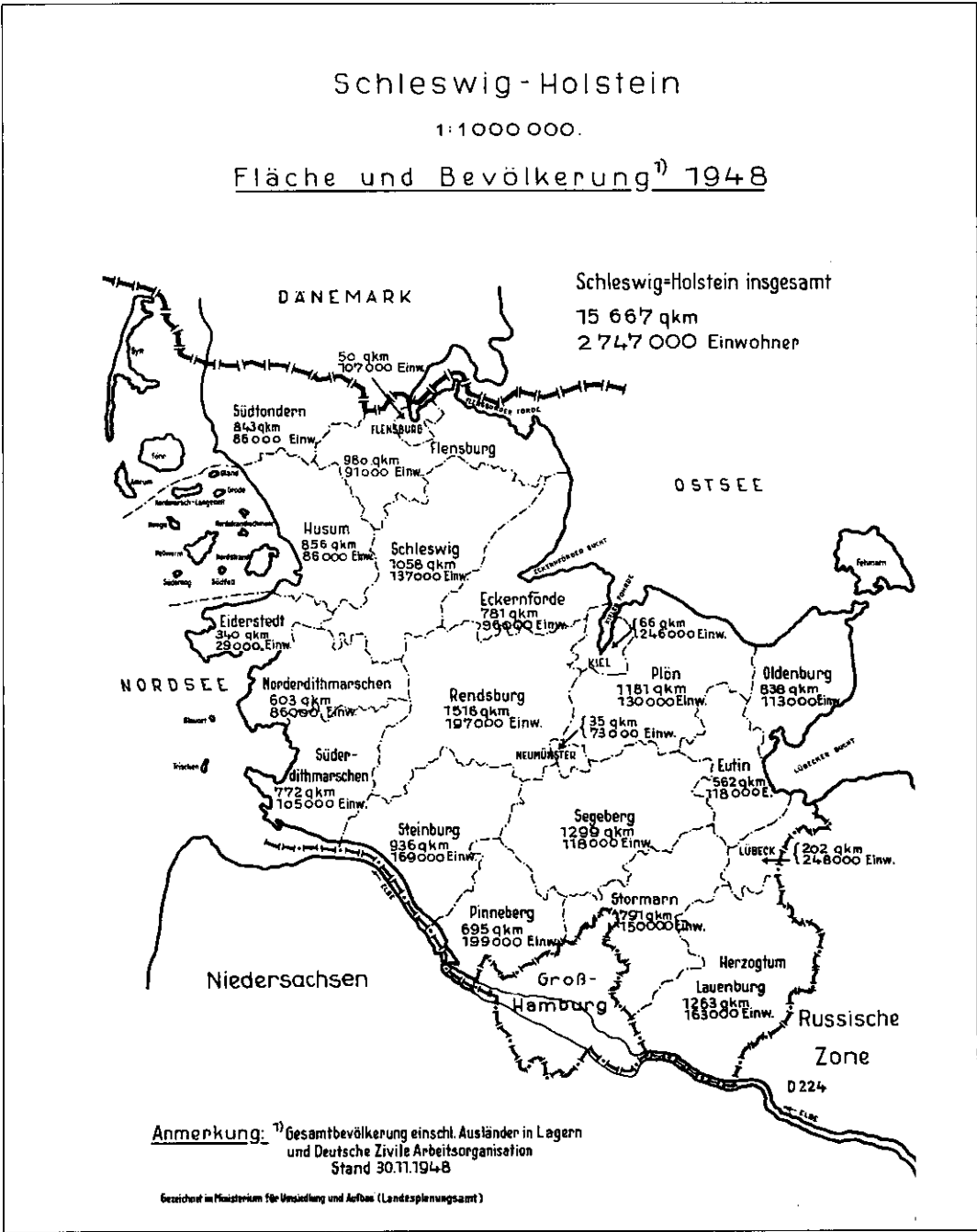
Fritz Wormeck

Die von meinem Amtsvorgänger schon frühzeitig gewünschte Kommunikation zwischen Autoren- und Leserschaft begleitete die Publikationen des Statistischen Landesamtes seit nunmehr 50 Jahren mit dem Erfolg, daß komplexe, teils komplizierte statistische Sachverhalte einem vielseitig interessierten Publikum in einer klaren, verständlichen Sprache und Gedankenführung vermittelt werden. Die überaus positive Resonanz aus dem Kreis der Leserinnen und Leser

zeigt, daß mit Form sowie Inhalt der statistischen Darstellung und Analyse der gesetzlich angeordneten Veröffentlichungspflicht auch mit dem Medium Monatschrift erfolgreich nachgekommen wird.

Auf der Grundlage eines über Jahrzehnte gewachsenen Verständnisses für wissenschaftliche Auswertungen sollen die Beiträge in den Statistischen Monatsheften auch in Zukunft präsentiert werden.

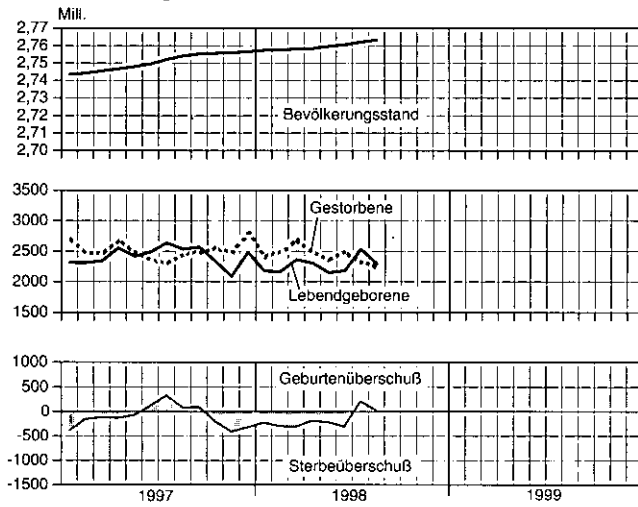
Dr. Hans-Peter Kirschner



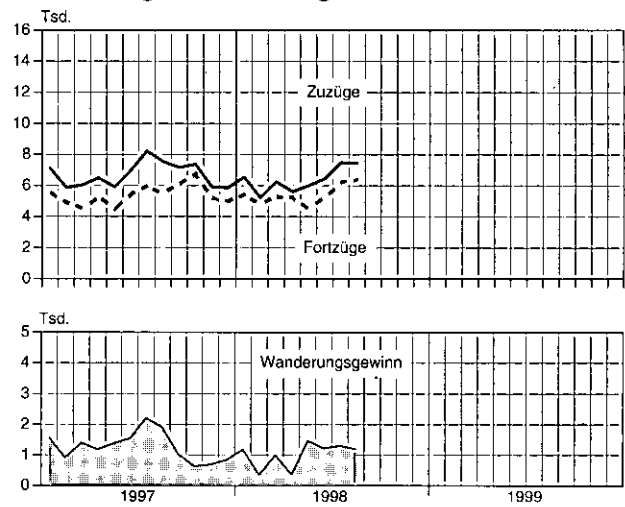
Entnommen aus Heft 1/Januar 1949 der Statistischen Monatshefte Schleswig-Holstein

109901 Stat.LA S-H

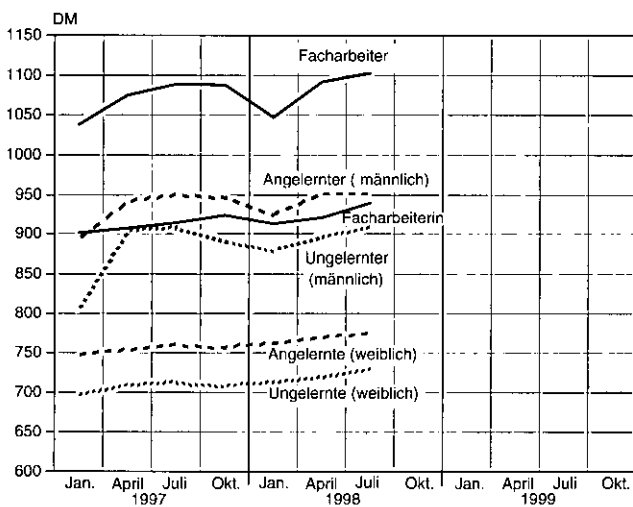
## Bevölkerungsstand



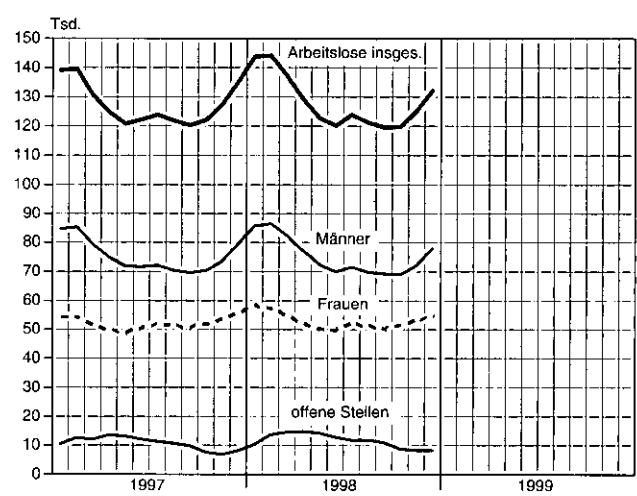
## Bevölkerungsveränderung



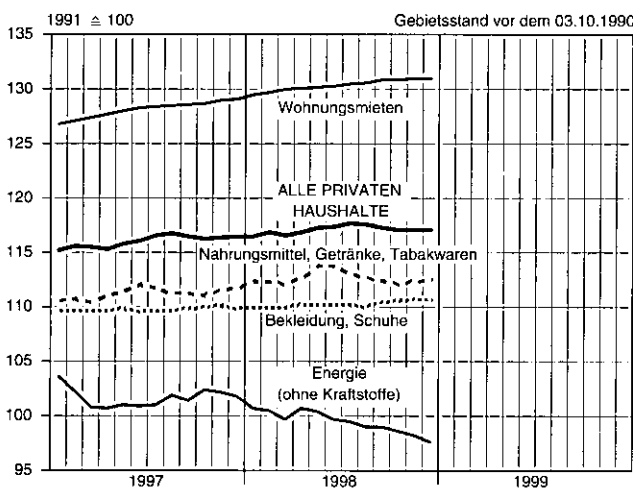
## Bruttowochenverdienste



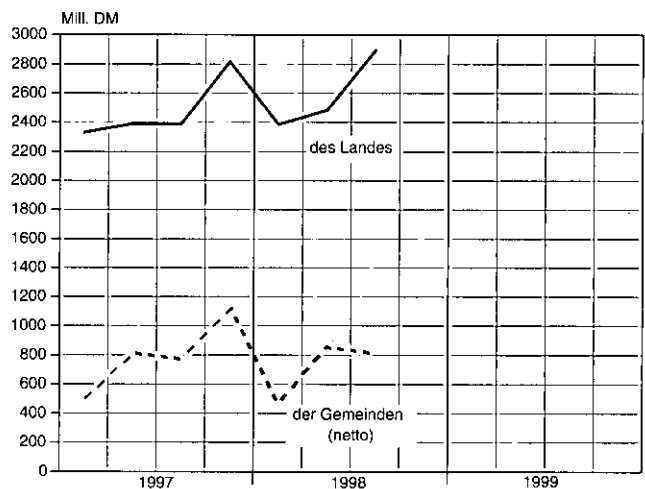
## Arbeitslose



## Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

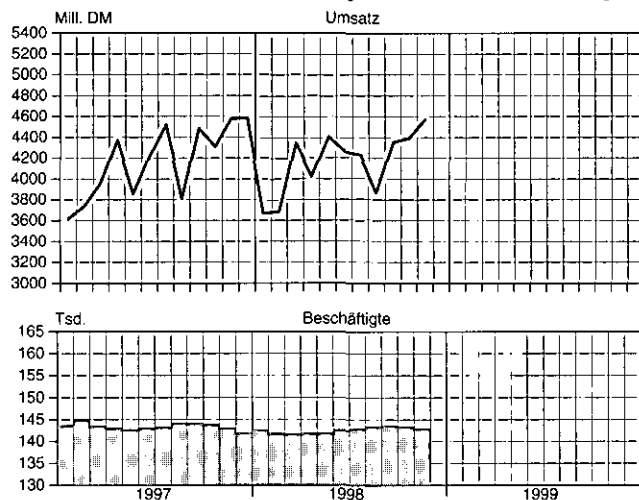


## Steuereinnahmen



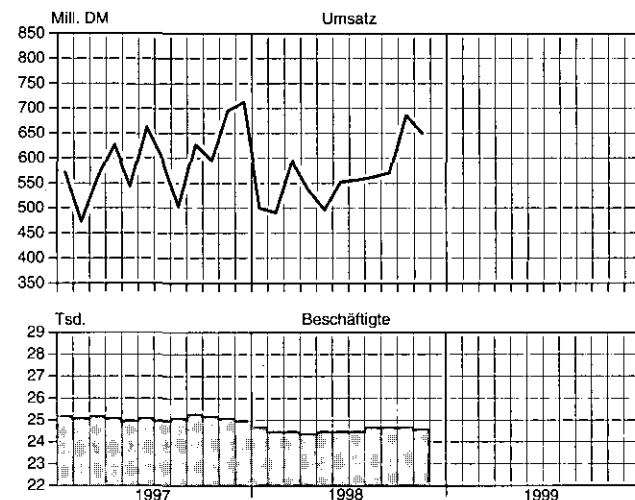
## Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

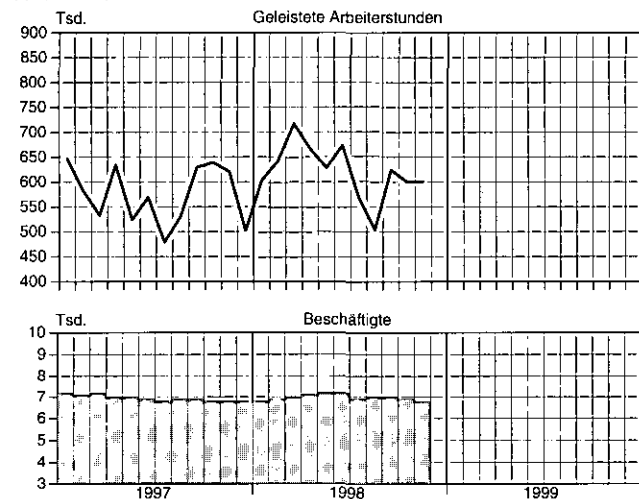


## darunter Maschinenbau

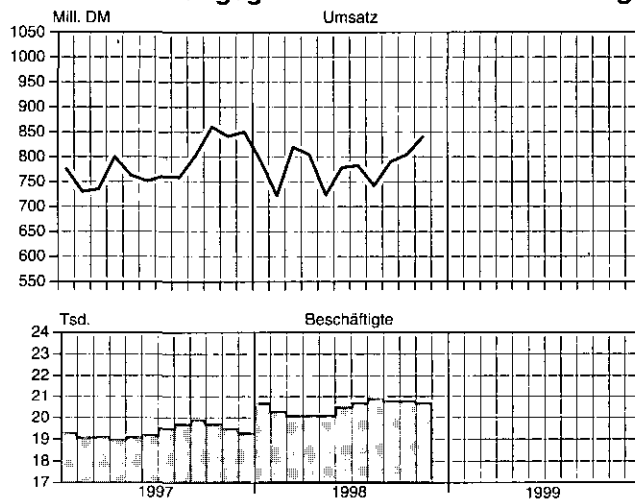
109902 Stat.LA S-H



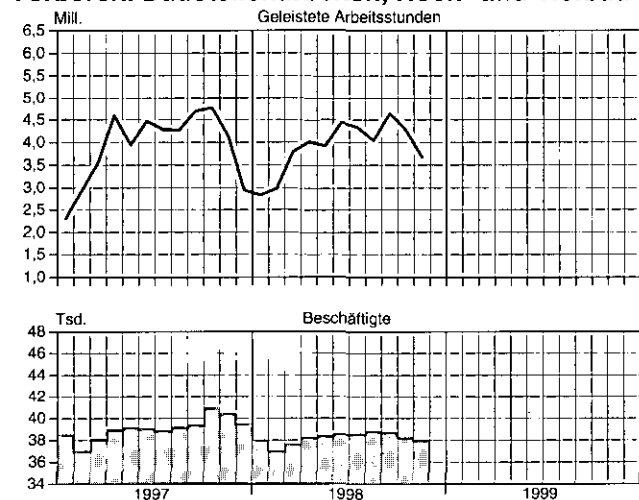
## darunter Schiffbau



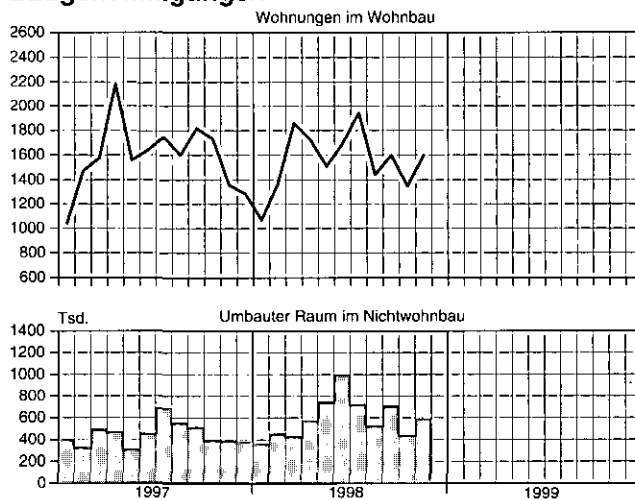
## darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung



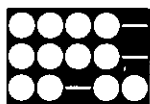
## Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau



## Baugenehmigungen







<i>Daten zur Konjunktur .....</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen .....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel .....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen .....</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer .....</i>	<i>12</i>

**Statistische Monatshefte  
Schleswig-Holstein**

# Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Energiewirtschaft</b>		<b>November 1998</b>		<b>Januar bis November 1998</b>	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 176	- 24,9	2 164	- 17,6
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	143	- 1,8	143	- 2,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	- 0,6	12	- 2,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	954	- 0,3	742	- 1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 573	- 0,6	4 164	+ 0,8
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 182	- 0,1	2 922	+ 0,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 390	- 1,7	1 241	+ 2,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			+ 1,6		+ 6,6
aus dem Inland			+ 0,9		+ 1,3
aus dem Ausland			+ 2,6		+ 15,3
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>2</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	38	- 6,1	38	- 4,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 11,5	4	- 6,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	188	- 8,8	149	- 6,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	596	+ 0,2	524	- 0,6
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. DM	213	- 9,3	275	- 7,0
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	1 601	+ 17,6	1 560	- 3,1
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	587	+ 52,5	594	+ 30,7
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	109,7	+ 3,1	105,2	+ 1,7
<b>Gastgewerbe</b>					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	76,3	- 1,6	100,0	- 1,8
<b>Fremdenverkehr<sup>5</sup></b>					
Ankünfte	1 000	211	+ 4,3	355	+ 0,6
Übernachtungen	1 000	720	+ 4,5	1 800	- 2,0
<b>Arbeitsmarkt</b>					
Arbeitslose	Anzahl	125 194	- 1,8	128 348	+ 1,5
Offene Stellen	Anzahl	8 260	+ 20,3	11 976	+ 7,6
Kurzarbeiter	Anzahl	4 143	- 5,6	4 454	- 31,9
<b>Insolvenzen</b>					
Anzahl		114	+ 58,3	86	+ 8,8

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1997	Dez. 1997	Jan. 1998	Febr. 1998	März 1998	April 1998	Mai 1998	Juni 1998	Juli 1998	Aug. 1998	Sept. 1998	Okt. 1998	Nov. 1998
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup></b>														
Beschäftigte	Land	-2,6	-2,0	-2,3	-2,7	-2,8	-2,4	-2,1	-1,8	-2,0	-2,2	-2,2	-2,0	-1,8
	Bund	-3,2	-2,0	-1,3	-1,2	-0,8	-0,6	-0,4	-0,2	+0,0	+0,3	+0,2	...	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	-4,2	-1,3	-6,1	-2,6	+3,9	-6,1	-1,4	-0,0	+0,8	-5,2	-3,5	-4,4	-0,6
	Bund	-3,2	+1,5	-3,0	+0,1	+8,8	-4,7	+5,3	-2,1	-0,9	+2,7	-0,4	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-1,2	+0,5	-3,0	+0,2	-0,9	-0,8	-5,2	+1,0	-2,9	-3,2	-3,4	-1,2	-0,3
	Bund	-1,7	+0,1	-0,6	-0,0	+0,9	+1,3	+1,5	+2,6	+1,8	+2,7	+2,5	...	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+5,6	+8,6	+1,8	-1,0	+10,4	-7,5	+14,9	+1,3	-6,1	+0,9	-3,5	+1,3	-0,6
	Bund	+4,8	+7,3	+2,5	+4,9	+15,7	-2,6	+7,2	+0,3	+1,9	+2,8	-0,1	...	...
Inlandsumsatz	Land	+0,4	+1,7	+0,4	-1,5	+10,5	-7,2	+6,9	+1,1	+0,1	-2,7	-2,9	-2,7	-0,1
	Bund	+1,5	+3,7	-0,1	+2,0	+12,5	-5,3	+4,7	-3,1	-0,1	+0,2	-2,0	...	...
Auslandsumsatz	Land	+20,2	+24,9	+5,4	+0,4	+10,1	-8,1	+35,8	+1,6	-18,8	+10,4	-4,9	+11,8	-1,7
	Bund	+12,4	+15,0	+8,1	+10,7	+22,2	+3,1	+12,4	+7,0	+6,2	+8,2	+3,7	...	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+4,1	+33,9	+13,8	+3,4	+19,5	+8,8	+12,8	+5,4	+23,4	-3,0	-5,9	-0,6	+1,6
	Bund	+6,5	+11,8	+6,5	+8,4	+17,5	-0,9	+8,9	+1,0	+3,6	+0,4	+0,9	-2,5	...
aus dem Inland	Land	-2,8	+18,3	+6,7	+5,9	+14,1	+0,2	+7,8	+13,1	+8,5	-5,8	-9,5	-18,8	+0,9
	Bund	+1,7	+6,0	+6,2	+6,9	+16,6	-1,7	+8,3	-0,1	+4,5	+4,3	+4,3	-0,2	...
aus dem Ausland	Land	+17,4	+60,0	+26,2	+0,5	+28,6	+22,8	+20,9	-5,2	+48,5	+2,4	+0,1	+34,5	+2,6
	Bund	+14,1	+20,4	+7,0	+10,4	+19,1	+0,4	+9,8	+2,4	+2,2	-5,0	-3,7	-5,7	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	-3,5	—	—	-1,7	—	—	-1,0	—	—	+12,8	—	—	...
	Bund	+1,3	—	—	+0,4	—	—	-3,6	—	—	-4,0	—	—	...
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau<sup>2</sup></b>														
Beschäftigte	Land	-5,8	-4,4	-1,3	-0,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,1	-5,1	-5,2	-5,9	-6,6	-6,1
	Bund	-6,7	-5,2	-2,1	-2,1	-6,5	-8,1	-7,9	-7,7	-7,6	-7,4	...	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-1,1	-8,4	+22,9	+1,3	+0,6	-17,8	-6,1	-5,1	-4,0	-10,5	-6,2	-10,5	-11,5
	Bund	-4,8	-5,7	-17,4	-4,7	-0,2	-17,8	-3,2	-12,5	-9,4	-6,3	...	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-4,9	-4,2	-2,1	+1,1	-5,3	+0,9	-12,0	-4,0	-8,6	-5,9	-5,4	-11,7	-8,8
	Bund	-6,6	-4,5	-0,9	-1,7	-3,9	-2,3	-9,3	-5,1	-7,9	-6,2	...	...	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-1,3	-14,0	-4,5	+6,7	+26,2	+2,2	+8,2	-6,6	-8,4	-6,3	-4,5	-12,5	+0,2
	Bund	-2,0	-4,9	+5,5	-0,4	-15,8	-12,7	-6,8	-10,4	-5,7	-4,6	...	...	...
Auftragseingang <sup>3</sup>	Land	+0,3	-8,8	-7,1	-5,0	+9,3	+10,7	-25,2	-15,7	+5,5	-16,6	-9,1	-3,9	-9,3
	Bund	-5,4	-5,2	-6,0	-9,6	+7,8	+2,7	-1,2	-4,0	+6,8	-2,3	...	...	...
<b>Baugenehmigungen<sup>4</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+10,4	+17,1	+2,7	-7,0	+18,1	-20,8	-3,0	+3,5	+11,3	-9,8	-12,2	-22,0	+17,6
	Bund	p-4,1	+12,8	-9,6	-19,4	+6,4	-1,1	+9,3	+12,2	-8,4	+2,0	...	...	...
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	-6,2	-15,5	-8,8	+39,1	-13,3	+21,1	+140,5	+117,7	+4,7	-5,4	+36,6	+11,1	+52,5
	Bund	p-0,5	-6,1	-2,2	-2,1	+8,1	+21,0	+42,7	+9,9	+12,1	+27,7	...	...	...
<b>Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)</b>														
Umsatz	Land	(r+2,9)	(r+6,5)	(r+2,5)	(+4,9)	(r+12,5)	r-3,1	r+0,5	r+0,2	+2,4	-0,1	r-0,9	r-1,7	+3,1
	Bund	-0,1	r+2,4	r-1,2	+0,6	+9,2	-4,2	r+2,1	-1,9	+2,6	+2,6	+0,7	r-2,0	+3,5
<b>Gastgewerbe</b>														
Umsatz	Land	(+3,2)	(r+8,2)	(r+8,9)	(+5,1)	(-4,2)	+2,3	-3,5	r-1,6	r-4,5	r-2,8	r-4,2	r-5,3	-1,6
	Bund	-0,3	+3,2	+1,2	+1,0	-3,0	-1,6	-0,8	-3,3	-3,2	-3,1	-4,3	r-2,4	-3,6
<b>Fremdenverkehr<sup>5</sup></b>														
Ankünfte	Land	+2,5	+1,0	+6,6	+1,4	-16,0	+14,4	p-2,5	p+7,3	p+0,4	p-0,1	p-1,5	p-3,8	p+4,3
	Bund	+2,1	+2,3	+1,2	+3,2	+5,7	+0,1	+6,8	+1,0	+3,4	p+5,4	+2,8	p+2,4	...
Übernachtungen	Land	-3,8	-12,3	-6,4	-1,8	-27,2	+17,5	p-4,4	p+1,7	p-1,8	p-1,6	p-3,6	p-2,8	p+4,5
	Bund	-5,4	-4,4	-4,7	+0,1	-4,8	+5,2	+2,2	+0,6	+0,9	p+2,7	+1,8	p+2,0	...
<b>Arbeitsmarkt</b>														
Arbeitslose	Land	+12,2	+9,2	+3,4	+3,2	+5,0	+3,6	+1,6	-1,7	+0,0	-0,5	-0,6	-1,9	-1,8
	Bund	+8,0	+3,5	-0,4	-0,8	-1,1	-2,1	-1,4	-3,5	-5,0	-6,3	-8,0	-9,3	-8,7
Offene Stellen	Land	-6,1	+2,4	-2,1	+8,5	+4,2	+9,0	+8,6	+6,1	+4,6	+10,5	+11,7	+15,8	+20,3
	Bund	+4,1	+11,1	+11,8	+12,2	+14,7	+19,8	+34,2	+31,8	+31,2	+31,1	+29,0	+26,2	+20,0
Kurzarbeiter	Land	+9,6	-12,1	-38,5	-43,5	-34,0	-36,6	-47,5	-41,4	-22,8	-15,7	-1,3	+3,3	-5,6
	Bund	-35,4	-45,3	-52,9	-50,6	-44,3	-43,6	-35,0	-38,9	-35,0	-31,7	-30,4	-23,9	-14,0
<b>Insolvenzen</b>														
Anzahl	Land	-0,4	-22,7	-18,3	+38,8	+26,0	-22,7	+23,1	+7,5	-5,3	-8,4	+33,9	-16,3	+58,3
	Bund	...	+9,9	+13,8	+0,8	+16,4	+7,4	+1,6	-17,6	+15,3	-2,4	-5,5	-10,7	...

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

<sup>2</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

<sup>3</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>4</sup> nur Errichtung neuer Gebäude

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

( ) = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

# Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			1 000		1 000				
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt <sup>2</sup>				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund <sup>3</sup> ± 100
	1 000													
1993	138	11	48	61	10	9	36	32	23	99 649	+ 2,8	92 559	- 0,5	92
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	106 833	+ 2,9	95 241	+ 1,1	91
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	109 250	+ 2,3	96 540	+ 1,4	91
1997	160	12	53	62	14	...	...	...	...	112 456	+ 2,9	98 605	+ 2,1	91

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen <sup>6</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>5</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>4</sup>									
	1 000										
1993	1 424 <sup>a</sup>	431 <sup>a</sup>	1 378 <sup>a</sup>	...	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 <sup>a</sup>	421 <sup>a</sup>	1 269 <sup>a</sup>	...	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 <sup>a</sup>	402 <sup>a</sup>	1 308 <sup>a</sup>	...	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>7</sup>										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch			
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom <sup>8</sup>
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE <sup>9</sup>			
								1 000 t		Mill. kwh	
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504
1997	143	89	142	4 638	4 359	49 737	14 861	172	831	5 383	3 412

<sup>1</sup> Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

<sup>2</sup> ab 1994 vorläufige Ergebnisse

<sup>3</sup> Gebietsstand vor dem 03.10.1990

<sup>4</sup> ohne Ammen- und Mutterkühe

<sup>5</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

<sup>6</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

<sup>7</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

<sup>8</sup> ohne Eigenenergieerzeugung

<sup>9</sup> 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

<sup>a</sup> repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>1</sup>	fertiggestellte Wohnungen <sup>1</sup>		ins- gesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslands- gäste	insgesamt	von Auslands- gästen
1 000			Mill. DM				1 000				
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	...	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685

Jahr	Kfz-Bestand <sup>3</sup> am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen <sup>5</sup> am 31.12.	Sozialhilfe <sup>6</sup>			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Kraftträger	Pkw <sup>4</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
	1 000							Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,0	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768	...	...	...	...

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>8</sup>	
	des Bundes	des Landes <sup>7</sup>	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	...	...	3 223	...	...	...	...	...	1 430	28 991	5 318	4 184

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1991 ± 100)					Löhne und Gehälter <sup>12</sup>						
	Erzeugerpreise <sup>9</sup>		für Wohn- gebäude <sup>10</sup>	Lebenshaltung aller privaten Haushalte <sup>10</sup>		Industriearbeiter <sup>13</sup>		Angestellte in Industrie <sup>13</sup> und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt <sup>14</sup>	
	gewerblicher Produkte <sup>10</sup>	land- wirt- schaftlicher Produkte <sup>11</sup>		insgesamt	darunter Nahrungs- mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen			
						DM						
1993	101,4	90,6	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	91,7	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	91,6	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	91,1	115,3	114,1	109,6	1 022 <sup>a</sup>	734 <sup>a</sup>	5 419 <sup>a</sup>	3 870 <sup>a</sup>	6 254 <sup>a</sup>	4 769	3 594
1997	104,2	92,6	114,8	116,1	111,2	1 024 <sup>a</sup>	746 <sup>a</sup>	5 514 <sup>a</sup>	3 962 <sup>a</sup>	6 240 <sup>a</sup>	4 628	3 438

<sup>1</sup> Errichtung neuer Gebäude

<sup>2</sup> nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

<sup>3</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr, ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

<sup>4</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>5</sup> ohne Postspareinlagen

<sup>6</sup> Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

<sup>7</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

<sup>8</sup> einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

<sup>9</sup> ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

<sup>10</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

<sup>11</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet

<sup>12</sup> Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

<sup>13</sup> einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

<sup>14</sup> Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

<sup>a</sup> Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998				
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	...	p 2 750	p 2 755	2 756	2 756	2 763	...	...	...	
* Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen	Anzahl	...	p 1 486	p 1 831	p 1 397	p 808	p 2 661	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 6,5	p 8,1	p 6,0	p 3,6	p 11,3	...	...	...	
* Lebendgeborene	Anzahl	...	p 2 423	p 2 569	p 2 332	p 2 092	p 2 293	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 10,6	p 11,3	p 10,0	p 9,2	p 9,8	...	...	...	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	...	p 2 523	p 2 477	p 2 538	p 2 507	p 2 266	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 11,0	p 10,9	p 10,8	p 11,1	p 9,7	...	...	...	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	...	p 12	p 17	p 8	p 13	p 3	...	...	...	
	je 1 000 Lebendgeborene	...	p 5,0	p 6,6	p 3,4	p 6,2	p 1,3	...	...	...	
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	...	p - 100	p + 92	p - 206	p - 415	p + 27	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p - 0,4	p + 0,4	p - 0,9	p - 1,8	p + 0,1	...	...	...	
Wanderungen											
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 921	6 704	7 151	7 372	5 932	7 460	...	...	...	
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 677	1 489	1 522	1 594	1 210	1 484	...	...	...	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 306	5 423	6 122	6 733	5 231	6 264	...	...	...	
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 110	1 168	1 427	1 451	1 291	1 412	...	...	...	
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 615	+ 1 281	+ 1 029	+ 639	+ 701	+ 1 196	...	...	...	
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>1</sup>	Anzahl	10 945	11 316	11 529	12 234	11 274	12 057	...	...	...	
Wanderungsfälle	Anzahl	23 172	23 443	24 802	26 339	22 437	25 781	...	...	...	
Arbeitslage											
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	113	127	120	122	127	121	120	120	125	
* darunter Männer	1 000	66	75	70	70	74	70	69	69	72	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	5,8	6,4	3,1	3,4	4,4	3,3	3,0	3,5	4,1	
* darunter Männer	1 000	5,0	5,1	2,2	2,3	3,3	2,7	2,4	2,8	3,5	
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	11,5	10,8	9,8	7,6	6,9	11,8	10,9	8,8	8,3	
LANDWIRTSCHAFT											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 397 <sup>a</sup>	1 336 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	p 1 343	
* darunter Milchkühe				.	.	.	.	.	.		
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	422 <sup>a</sup>	402 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	p 394	
* Schweine	1 000	1 293 <sup>a</sup>	1 308 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	p 1 351	
* darunter Zuchtsauen	1 000	119 <sup>a</sup>	124 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	p 123	
* darunter trächtig	1 000	83 <sup>a</sup>	89 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	p 86	
Schlachtungen											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	42	49	42	33	38	41	41	
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
* Schweine	1 000 St.	109	106	111	118	114	123	124	135	138	
* darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	1	1	1	
* Schlachtmenge <sup>2</sup> aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,8	20,7	22,8	25,9	23,1	21,7	23,3	24,9	25,0	
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,6	10,8	12,5	14,7	12,3	10,1	11,7	12,3	12,2	
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
* Schweine	1 000 t	9,9	9,6	10,0	10,8	10,3	11,2	11,3	12,2	12,4	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
* Rinder (ohne Kälber)	kg	307	302	302	302	297	310	311	306	306	
* Kälber	kg	136	136	136	136	136	138	137	138	137	
* Schweine	kg	91	91	90	92	92	91	91	91	91	
Geflügel											
* Konsumer <sup>3</sup>	1 000	29 010	29 607	29 313	26 909	28 075	30 155	28 701	30 204	28 791	
* Geflügelfleisch <sup>4</sup>	1 000 kg	61	61	.	.	.	.	.	.	.	
* Milcherzeugung											
* darunter an Molkeereien und Händler geliefert	%	96	96	95	96	96	95	95	96	...	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	14,8	14,9	14,9	15,5	15,6	15,3	...	

<sup>1</sup> ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

<sup>2</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

<sup>3</sup> in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

<sup>4</sup> aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

<sup>a</sup> Dezember

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe <sup>1</sup>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	147	146	147	146	146	143	144	143	143
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	92	91	92	91	91	89	89	89	89
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 320	12 063	12 602	12 870	12 297	11 099	12 157	12 305	12 228
* Lohnsumme	Mill. DM	397,2	392,1	377,2	385,1	489,2	366,2	363,9	377,8	480,5
* Gehaltssumme	Mill. DM	361,8	366,1	347,8	347,3	468,1	334,7	336,6	345,5	473,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 926	4 171	4 511	4 335	460,1	3 866	4 352	4 392	4 573
* Inlandsumsatz	Mill. DM	2 896	2 931	3 166	3 139	3 186	2 712	3 074	3 054	3 182
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 030	1 239	1 345	1 196	1 414	1 154	1 278	1 338	1 390
Kohleverbrauch	1 000 t	15	14	.	.	.	.	.	.	.
Gasverbrauch	Mill. kWh	426	449	.	.	.	.	.	.	.
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Heizölverbrauch	1 000 t	76	70	.	.	.	.	.	.	.
leichtes Heizöl	1 000 t	7	5	.	.	.	.	.	.	.
schweres Heizöl	1 000 t	68	64	.	.	.	.	.	.	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	326	324	298	343	339	322	327	338	334
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	39	33	45	50	35	33	41	50
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 423	2 659	1 852	2 276	2 898	2 013	2 015	2 350	2 176
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 041	1 081	981	1 121	1 152	1 020	1 047	1 155	1 195
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³	...	.	.	.	.	.	.	.	.
Handwerk (Meßzahlen) <sup>3</sup>										
		3. Vj. 97					3. Vj. 98			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1994 ± 100	90,0	90,0	...	-	-	-	88,7	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1994 ± 100	93,3	93,4	...	-	-	-	92,5	-	-
Baugewerbe <sup>4</sup>										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>5</sup>										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	42 566	40 115	41 178	40 930	40 411	38 857	38 738	38 244	37 955
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 093	4 048	4 957	4 776	4 146	4 041	4 648	4 275	3 671
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 006	2 059	2 466	2 354	2 023	2 064	2 400	2 206	1 866
* gewerbliche und industrielle Bauten <sup>6</sup>	1 000	942	876	1 069	1 022	930	848	946	879	819
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 098	1 065	1 344	1 337	1 144	1 075	1 255	1 119	948
* Lohnsumme	Mill. DM	133,5	126,2	133,1	135,3	162,1	120,6	124,9	118,4	145,9
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,3	32,4	30,0	33,1	44,1	30,2	29,5	30,4	42,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	541,5	534,4	667,2	666,2	595,2	545,6	637,0	582,8	596,2
Auftragseingang <sup>7</sup>	Mill. DM	291,5	292,3	393,5	293,7	235,1	255,0	357,9	282,2	213,2
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe <sup>7</sup>										
* Beschäftigte <sup>8</sup>	Anzahl	12 296	12 693	12 895	-	-	-	12 242	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 357	1 477	4 385	-	-	-	4 139	-	-
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	48,1	49,4	145,6	-	-	-	140,9	-	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	145,0	142,3	444,0	-	-	-	430,8	-	-

<sup>1</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1.1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

<sup>2</sup> ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

<sup>3</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe

<sup>4</sup> ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

<sup>5</sup> auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

<sup>6</sup> einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

<sup>7</sup> Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

<sup>8</sup> am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

<sup>9</sup> Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	729	842	1 119	965	674	939	1 041	870	777
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	561	682	942	787	533	832	917	759	638
2 Wohnungen	Anzahl	92	86	89	96	77	51	71	48	68
* Rauminhalt	1 000 m³	694	761	898	862	639	759	832	712	754
* Wohnfläche	1 000 m²	132	148	178	164	124	146	161	133	148
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	105	103	129	115	89	108	142	102	111
* Rauminhalt	1 000 m³	479	449	517	396	385	525	706	440	587
* Nutzfläche	1 000 m²	79	76	89	71	62	80	107	73	103
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 641	1 757	1 998	1 893	1 514	1 571	1 733	1 509	1 747
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 223,8	1 373,9	1 471,7	1 579,4	1 369,3	1 420,9	1 410,0	...	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	156,5	134,0	141,4	146,7	140,3	113,5	103,9	...	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 067,3	1 239,9	1 330,4	1 432,7	1 229,0	1 307,4	1 306,1	...	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	25,0	27,7	17,9	28,1	38,9	19,3	24,1	...	...
* Halbwaren	Mill. DM	68,4	76,5	86,3	82,2	77,0	84,6	68,3	...	...
* Fertigwaren	Mill. DM	973,9	1 135,7	1 226,2	1 322,3	1 113,1	1 203,5	1 213,7	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	150,3	181,5	192,8	203,1	177,6	141,4	137,2	...	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	823,5	954,1	1 033,4	1 119,2	935,5	1 062,0	1 076,5	...	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	676,1	700,3	693,2	822,0	695,2	692,2	706,0	...	...
darunter Niederlande	Mill. DM	98,5	102,7	92,5	124,9	102,2	104,2	80,7	...	...
Frankreich	Mill. DM	90,1	91,6	103,6	111,7	95,7	72,3	94,3	...	...
Italien	Mill. DM	87,9	91,9	64,2	109,9	85,2	86,0	112,8	...	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,7	96,7	114,6	121,9	95,5	121,1	105,2	...	...
Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	102,0	105,0	102,3	109,0	106,4	102,7	101,4	107,2	109,7
Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	97,4	100,5	114,4	99,7	77,6	143,8	109,6	94,4	76,3
<b>Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten</b>										
* Ankünfte	1 000	330	338	436	382	202	p 526	p 559	p 429	p 211
darunter von Auslandsgästen	1 000	26	28	31	31	25	p 58	p 41	p 33	p 26
* Übernachtungen	1 000	1 800	1 731	2 332	1 766	689	p 3 419	p 3 653	p 2 249	p 720
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	57	62	64	52	p 110	p 78	p 61	p 51
<b>VERKEHR</b>										
<b>Seeschifffahrt<sup>1</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 989	1 919	1 842	1 856	1 820	1 855	1 883	...	...
Güterversand	1 000 t	1 221	1 140	1 043	1 112	1 093	1 022	1 052	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1 000 t	151	156	157	151	168	123	151	151	...
* Güterversand	1 000 t	185	169	158	155	196	207	185	169	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>2</sup>	Anzahl	10 860	11 131	9 775	11 078	9 053	9 130	9 773	10 443	...
darunter Krafträder	Anzahl	745	863	537	300	180	704	458	239	...
Personenkraftwagen <sup>3</sup>	Anzahl	9 289	9 350	8 450	9 858	8 106	7 611	8 358	9 244	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	568	636	538	714	577	580	702	694	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 192	1 212	1 347	1 256	1 088	p 1 346	r 1 213	p 1 291	p 1 053
Getötete Personen	Anzahl	22	24	22	30	23	p 19	14	p 18	p 14
Verletzte Personen	Anzahl	1 567	1 602	1 733	1 704	1 399	p 1 793	r 1 616	p 1 751	p 1 379

<sup>1</sup> ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

<sup>2</sup> mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>3</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht



		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	80	57	80	72	76	75	67	114
Unternehmen	Anzahl	66	65	47	60	59	66	61	51	77
übrige Gemeinschuldner	Anzahl	14	15	9	20	13	10	14	16	37
Beantragte Konkurse	Anzahl	80	80	56	80	72	76	75	67	114
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	55	52	39	54	46	53	52	37	88
Kredite und Einlagen <sup>1</sup>										
		4-Monats-durchschnitt <sup>3</sup>								
Kredite <sup>2</sup> an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	134 465	144 326	146 235	-	-	-	-	-	-
darunter										
Kredite <sup>2</sup> an inländische Nichtbanken	Mill. DM	131 358	140 341	141 980	-	-	-	-	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 099	16 781	17 147	-	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 505	16 480	16 823	-	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	594	301	324	-	-	-	-	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 889	7 600	7 517	-	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 186	6 511	6 404	-	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 702	1 089	1 113	-	-	-	-	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	107 371	115 960	117 316	-	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	80 446	87 690	88 282	-	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	26 926	28 270	29 034	-	-	-	-	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>2</sup> von Nichtbanken	Mill. DM	88 381	93 609	93 858	-	-	-	-	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	58 899	61 877	61 841	-	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	52 919	55 902	55 881	-	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 980	5 975	5 960	-	-	-	-	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	28 466	30 238	30 026	-	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 038	29 780	29 573	-	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	429	458	453	-	-	-	-	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart		Vierteljahres-durchschnitt			3. Vj. 97		3. Vj. 98			
Gemeinschaftsteuern <sup>4</sup>	Mill. DM	3 991	4 011	3 879	-	-	-	4 409	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	1 955	1 934	1 889	-	-	-	2 009	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	201	194	75	-	-	-	200	-	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	70	93	125	-	-	-	175	-	-
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	52	47	30	-	-	-	36	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	255	291	264	-	-	-	313	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 382	1 373	1 413	-	-	-	1 572	-	-
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	76	79	85	-	-	-	104	-	-
Landesteuern	Mill. DM	312	295	283	-	-	-	496	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	64	20	16	-	-	-	4	-	-
Grundwerbsteuer	Mill. DM	58	90	100	-	-	-	125	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	125	127	111	-	-	-	125	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	451	498	509	-	-	-	547	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	9	-	-	-	9	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	107	112	134	-	-	-	139	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	316	358	345	-	-	-	381	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern <sup>4</sup>	Mill. DM	1 818	1 830	1 776	-	-	-	2 028	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	831	822	803	-	-	-	854	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	86	82	32	-	-	-	85	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	128	145	132	-	-	-	157	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	698	693	713	-	-	-	805	-	-
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19	19	21	-	-	-	24	-	-
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	192	190	180	-	-	-	142	-	-
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 010	2 020	1 955	-	-	-	2 170	-	-
Steuereinnahmen des Landes <sup>5</sup>	Mill. DM	2 495	2 481	2 388	-	-	-	2 896	-	-
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 070	2 101	2 048	-	-	-	2 185	-	-
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	936	913	895	-	-	-	949	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	81	78	22	-	-	-	64	-	-
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	115	145	124	-	-	-	113	-	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	801	823	867	-	-	-	898	-	-
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	58	60	64	-	-	-	80	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	847	885	859	-	-	-	916	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>6</sup>	Mill. DM	773	806	269	-	-	-	275	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	371	361	325	-	-	-	335	-	-

<sup>1</sup> Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

<sup>2</sup> einschließlich durchlaufender Kredite <sup>3</sup> Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember <sup>4</sup> ohne Einfuhrumsatzsteuer

<sup>5</sup> einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen <sup>6</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1996	1997	1997			1998			
	Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
<b>PREISE</b>									
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100</b>									
Einfuhrpreise <sup>2</sup>	97,8	100,9	101,5	101,5	101,2	97,3	96,4	95,7	...
Ausfuhrpreise <sup>2</sup>	103,5	105,1	105,6	105,6	105,6	105,2	104,9	104,6	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes <sup>2</sup>	98,8	100,7	101,1	101,1	100,8	97,8	97,3	...	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte <sup>2</sup>	103,5	104,7	105,0	105,0	105,0	104,2	104,1	103,7	...
landwirtschaftlicher Produkte <sup>2</sup>	91,1	92,5	92,4	92,4	93,2	86,7	85,7	...	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1995=100	99,8	99,1	.	.	98,7	98,9	.	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>2</sup>	105,6	107,5	106,3	106,3	106,6	102,3	101,0	...	...
Einzelhandelspreise	107,6	108,2	108,3	108,3	108,3	108,7	108,7	108,6	108,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte <sup>1</sup>	114,1	116,1	116,3	116,3	116,4	117,6	117,3	117,1	117,1
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>1</sup>	109,6	111,2	111,1	111,1	111,4	112,7	112,4	112,1	112,3
Bekleidung, Schuhe <sup>1</sup>	109,3	109,8	110,0	110,0	110,1	110,1	110,4	110,5	110,7
Wohnungsmieten <sup>1</sup>	124,8	128,1	128,7	128,7	129,0	130,6	130,9	130,9	131,0
Energie (ohne Kraftstoffe) <sup>1</sup>	99,6	101,7	102,4	102,4	102,2	99,0	99,0	98,6	98,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung <sup>1</sup>	110,9	111,6	111,7	111,7	111,9	112,8	112,8	112,8	112,9
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER<sup>3</sup></b>									
- Effektivverdienste in DM -									
<b>Arbeiter im Produzierenden Gewerbe<sup>4</sup></b>									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 022	1 024	.	1 032	.	.	.	1 036	.
darunter Facharbeiter	1 075	1 078	.	1 088	.	.	.	1 097	.
weibliche Arbeiter	734	746	.	748	.	.	.	762	.
darunter Hilfsarbeiter	698	708	.	709	.	.	.	721	.
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,71	26,84	.	26,92	.	.	.	27,34	.
darunter Facharbeiter	28,27	28,45	.	28,59	.	.	.	29,04	.
weibliche Arbeiter	19,59	19,99	.	20,01	.	.	.	20,41	.
darunter Hilfsarbeiter	18,49	18,84	.	18,88	.	.	.	19,11	.
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,1	38,0	.	38,3	.	.	.	37,90	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,4	37,3	.	37,4	.	.	.	37,30	.
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>									
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>4</sup></b>									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 434	6 567	.	6 580	.	.	.	6 719	.
weiblich	4 495	4 624	.	4 624	.	.	.	4 802	.
technische Angestellte									
männlich	6 575	6 579	.	6 601	.	.	.	6 759	.
weiblich	4 520	4 573	.	4 591	.	.	.	4 730	.
<b>Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 076	5 157	.	5 205	.	.	.	5 287	.
weiblich	3 689	3 774	.	3 794	.	.	.	3 872	.
technische Angestellte									
männlich	4 810	4 773	.	4 785	.	.	.	4 890	.
weiblich	3 354	3 240	.	3 240	.	.	.	3 245	.
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>4</sup>, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen</b>									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 419	5 514	.	5 553	.	.	.	5 657	.
weiblich	3 870	3 962	.	3 979	.	.	.	4 085	.
technische Angestellte									
männlich	6 254	6 240	.	6 271	.	.	.	6 433	.
weiblich	4 413	4 466	.	4 497	.	.	.	4 623	.

<sup>1</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

<sup>2</sup> ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

<sup>3</sup> Mit der Zuordnung der Betriebsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

<sup>4</sup> Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

\* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 31.08.1998				Bevölkerungsveränderung im August 1998			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1998 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2</sup>	Verletzte	
		Vormonat	Vorjahres- monat <sup>1</sup>							
		%								
FLensburg	85 135	+ 0,0	- 1,0	- 4	+ 16	+ 12	23	-	28	
KIEL	238 032	- 0,1	- 1,4	- 16	- 322	- 338	87	-	119	
LÜBECK	214 604	- 0,1	- 0,5	- 30	- 136	- 166	82	-	110	
NEUMÜNSTER	80 914	- 0,2	- 0,9	+ 10	- 133	- 123	36	-	45	
Dithmarschen	136 182	+ 0,0	+ 0,4	+ 2	+ 75	+ 77	58	-	70	
Herzogtum Lauenburg	175 217	+ 0,1	+ 1,0	+ 1	+ 174	+ 175	53	-	68	
Nordfriesland	163 056	+ 0,1	+ 0,6	+ 38	+ 178	+ 216	68	1	82	
Ostholstein	200 357	+ 0,1	+ 0,6	- 12	+ 175	+ 163	71	3	94	
Pinneberg	287 653	+ 0,1	+ 0,6	- 3	+ 199	+ 196	130	1	168	
Plön	130 482	+ 0,1	+ 1,1	- 11	+ 168	+ 157	61	1	77	
Rendsburg-Eckernförde	264 966	+ 0,1	+ 0,8	+ 35	+ 170	+ 205	93	3	120	
Schleswig-Flensburg	194 039	+ 0,1	+ 0,9	+ 20	+ 94	+ 114	58	-	88	
Segeberg	243 583	+ 0,1	+ 0,9	+ 39	+ 246	+ 285	90	1	116	
Steinburg	135 214	+ 0,1	+ 0,4	+ 8	+ 78	+ 86	42	-	64	
Stormarn	213 833	+ 0,1	+ 0,5	- 50	+ 214	+ 164	101	4	130	
Schleswig-Holstein	2 763 267	+ 0,0	+ 0,3	+ 27	+ 1 196	+ 1 223	1 053	14	1 379	

KREISFREIE STADT  Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>5</sup> am 01.07.1998		
	Betriebe am 30.11.1998	Beschäftigte am 30.11.1998	Umsatz <sup>4</sup> im Nov. 1998 <sup>4</sup> Mill. DM.	ins- gesamt.	Pkw <sup>6</sup>	
					Anzahl.	je 1 000 Einwohner <sup>7</sup>
FLensburg	51	9 011	514	44 648	38 784	456
KIEL	104	14 901	350	121 641	104 748	439
LÜBECK	113	14 704	468	109 598	94 841	442
NEUMÜNSTER	67	6 802	158	47 313	40 279	497
Dithmarschen	66	6 818	362	90 866	71 685	527
Herzogtum Lauenburg	96	8 014	161	113 210	95 635	546
Nordfriesland	58	3 193	122	110 484	88 403	543
Ostholstein	84	5 513	155	126 644	105 982	529
Pinneberg	181	16 785	519	177 425	150 404	523
Plön	40	2 412	65	80 729	66 747	512
Rendsburg-Eckernförde	106	7 456	234	173 638	142 467	538
Schleswig-Flensburg	78	4 184	128	129 772	104 043	537
Segeberg	188	15 880	527	169 971	142 158	584
Steinburg	76	7 720	240	88 128	71 220	527
Stormarn	174	19 497	569	144 718	123 947	580
Schleswig-Holstein	1 482	142 890	4 573	1 728 785	1 441 343	522

<sup>1</sup> nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

<sup>2</sup> einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

<sup>3</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

<sup>4</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>5</sup> Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

<sup>6</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen

<sup>7</sup> Bevölkerungsstand: 31. Juli 1998

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe <sup>2</sup>		
	Einwohner am 31.03.1998		Arbeitslose Ende November 1998			Kurzarbeiter Mitte November 1998	offene Stellen Ende November 1998	Be- schäftigte am 30.09.1998	Umsatz <sup>3</sup> im September 1998	
	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	1 000	Veränderung <sup>1</sup>	Arbeitslosen- quote				Mill. DM	Export- quote <sup>4</sup>
		%		%		1 000		1 000		
Baden-Württemberg	10 397,3	+ 0,2	330,4	- 10,5	7,5	13,3	56,4	1 260	35 859	37
Bayern	12 058,2	+ 0,1	376,8	- 9,0	7,3	13,7	60,4	1 206	39 084	38
Berlin	3 419,4	- 1,0	260,6	- 3,5	17,1	2,9	9,6	121	5 654	21
Brandenburg	2 577,5	+ 0,7	190,7	- 13,5	16,2	4,5	9,4	94	2 422	13
Bremen	672,6	- 0,7	44,7	- 4,8	16,0	2,0	3,3	67	2 741	46
Hamburg	1 702,7	- 0,3	85,5	- 8,7	12,0	1,3	6,3	104	7 846	17
Hessen	6 029,9	+ 0,0	238,8	- 6,9	9,4	5,6	22,6	472	13 792	33
Mecklenburg-Vorpommern	1 805,4	- 0,6	153,3	- 12,1	18,3	3,5	6,7	46	1 162	17
Niedersachsen	7 845,5	+ 0,3	376,0	- 6,8	11,6	8,0	32,9	567	21 175	38
Nordrhein-Westfalen	17 969,7	+ 0,1	821,8	- 5,0	11,2	26,4	80,6	1 529	46 671	32
Rheinland-Pfalz	4 017,2	+ 0,3	147,9	- 6,0	9,2	5,3	19,5	315	9 626	39
Saarland	1 078,7	- 0,4	49,8	- 9,1	11,9	1,1	4,2	108	2 303	30
Sachsen	4 513,9	- 0,6	339,2	- 11,1	16,7	6,6	18,6	215	4 851	23
Sachsen-Anhalt	2 695,8	- 0,9	240,0	- 11,4	19,1	4,1	11,7	105	2 592	12
Schleswig-Holstein	2 758,2	+ 0,5	125,2	- 1,8	10,9	4,1	8,3	144	4 352	29
Thüringen	2 473,8	- 0,5	165,3	- 23,3	14,4	5,3	13,7	120	2 855	17
Bundesrepublik Deutschland	82 015,8	- 0,0	3 946,0	- 8,7	11,3	107,7	364,3	6 472	202 985	33
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 665,8	+ 0,1	2 744,8	- 6,7	9,9	82,3	300,5	5 873	188 591	35
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 350,1	- 0,4	1 201,2	- 12,9	17,0	25,5	63,8	599	14 394	17

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr <sup>5</sup> im August 1998		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>6</sup> im September 1998			
	Beschäftigte am 31.07.1998	Baugewerblicher Umsatz <sup>3</sup> im Juli 1998		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 1998	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
	1 000	Mill. DM	Ver- änderung <sup>1</sup>		Anzahl	Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	Ver- änderung <sup>1</sup>	Anzahl	je 100 Unfälle
			%			%		%		
Baden-Württemberg	117	2 017	- 1,5	5 599	1 177 984	+ 5,5	3 561	- 6,4	4 887	137
Bayern	186	3 185	- 5,1	7 374	2 123 769	+ 3,3	5 318	- 7,8	7 420	140
Berlin	39	783	- 10,6	1 046	309 382	- 1,4	1 690	- 3,7	2 038	121
Brandenburg	59	955	- 9,5	2 452	266 576	+ 13,9	1 328	- 8,2	1 720	130
Bremen	7	120	- 17,4	143	50 941	+ 4,5	293	- 1,3	375	128
Hamburg	15	345	- 12,1	640	223 518	+ 0,7	790	- 10,7	1 023	129
Hessen	63	1 100	- 9,8	2 509	748 700	+ 0,5	2 432	+ 3,4	3 304	136
Mecklenburg-Vorpommern	40	550	- 14,8	924	523 447	+ 24,5	938	+ 0,8	1 186	126
Niedersachsen	102	1 804	- 1,9	4 543	915 914	+ 2,9	3 574	- 0,2	4 897	136
Nordrhein-Westfalen	176	2 976	- 4,0	5 534	1 206 366	+ 5,0	6 379	- 6,9	8 055	126
Rheinland-Pfalz	45	723	- 11,0	2 217	620 341	+ 6,1	1 626	- 0,5	2 238	138
Saarland	12	199	- 5,0	577	52 920	+ 10,2	458	- 0,4	591	129
Sachsen	105	1 525	- 15,6	2 666	381 885	+ 8,5	1 671	- 15,6	2 177	130
Sachsen-Anhalt	68	960	- 16,5	1 387	176 952	+ 11,2	1 152	- 13,0	1 470	128
Schleswig-Holstein	38	578	- 11,3	2 136	551 535	- 3,3	1 213	- 9,9	1 630	134
Thüringen	52	763	- 14,0	1 228	230 041	+ 14,5	1 059	- 8,0	1 441	136
Bundesrepublik Deutschland	1 127	18 582	- 8,0	40 975	9 560 271	+ 4,9	34 313	- 3,5	45 486	133
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	788	13 574	- 5,7	31 726	7 888 988	+ 2,7	27 454	- 2,2	36 610	133
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	339	5 009	- 13,5	9 249	1 671 283	+ 16,2	6 859	- 8,7	8 876	129

<sup>1</sup> gegenüber Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

<sup>3</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>4</sup> Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

<sup>5</sup> in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

<sup>6</sup> Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im  
Statistischen Landesamt  
Schleswig-Holstein

## **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

## **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel